

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsgesellschaft  
Rieser Tageblatt  
Postfach Nr. 22  
Bohlsch Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großpöchlitz, des Amtsgerichts und des Amtsgerichts beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:  
Rieser 1880.  
Verlag:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 288.

Donnerstag, 11. Dezember 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Umzuges von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bezahlbarer Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Vervielfältigte Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Schwere Tumultszenen im Reichstag.

Der Reichstag überwies den Strafrechtsentwurf dem Strafrechtsausschuß, das Pensionskürzungsgesetz dem Haushaltsausschuß. — Eine außenpolitische Debatte für Donnerstag wurde erneut abgelehnt.

### Stimmungsbild aus dem Deutschen Reichstag.

Man hatte von der Mittwochssitzung des Reichstags, die vor allem der ersten Lesung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches galt, erwartet, daß sie nach den Stürmen der letzten Tage ruhig verlaufen würde. Das Gegenteil trat ein. Schon bei Beginn der Tagesordnung gab es eine Ueberraschung. Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Abg. Fric, protestierte gegen die Verlesung seines Parteigenossen Dr. Fabricius und verlangte seine sofortige Freilassung. Der sofortigen Beratung des Antrags wird von Sozialdemokraten unter stürmischen Zurufen der Nationalsozialisten widersprochen. Dr. Fric verlangt jetzt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages. Da dieser nur nach Verlegung der Sitzung erfolgen kann, wird im Hammersprung darüber abgestimmt. Mit 214 gegen 187 Stimmen wird die Beratung beschlossen und die nächste Sitzung auf eine halbe Stunde später angesetzt. Im Reichstagsrat wird der Widerspruch gegen die Haftentlassung Dr. Fabricius' aufgegriffen. Die ganze Aussprache erweist sich aber als sinnlos, da inoffiziell mitgeteilt wird, daß der Abgeordnete Fabricius bereits aus der Haft entlassen worden war.

In der neuen Sitzung sprach der greise Vorkämpfer des neuen Strafrechtsentwurfs, Geheimrat Kahl, zu dem Gesetz und fand rege Zustimmung auch bei Staatssekretär Joel, der ihm den Dank für seine bahnbrechende Arbeit aussprach. Als der kommunistische Abg. Dr. Ullrich jetzt die Redezeit übernahm, änderte sich jedoch das bisher noch einigermaßen ruhige Bild der Sitzung. Durch schwere Angriffe des Redners gereizt, veranlaßten die Nationalsozialisten große Tumultszenen. Es hagelte Ordnungsrufe. Darauf dreht sich der Nationalsozialist auf ihren Bänken um, so daß sie dem Redner den Rücken zugekehrt, eine bisher noch nicht gekannte parlamentarische Nichtachtung. Die Tumulte bei der Rede des Kommunisten werden bei weitem durch die Stürme überboten, die der nationalsozialistische Abg. Dr. Frank durch seine Rede entfesselt.

Bei der Rede des Sozialdemokraten Dr. Rosenberger kommt es zu neuen schweren Tumulten. Ein nationalsozialistischer Abg. muß dabei wegen tätlicher Bedrohung des Redners aus dem Saale getrieben werden. Es folgt eine neue ungemein ausfallige Rede eines weiteren nationalsozialistischen Redners. Nach ihr erteilt der Präsident Abg. Geheimrat Kahl das Wort zu einer Schlussrede. Tiefbewegt betrat der alte Volksparteiler die Tribüne. Er sprach die Meinung der Mehrheit des Hauses aus, als er erklarend einbringlich ausriet: „Ich verzichte auf ein Schlusswort mit Rücksicht auf den unglaublichen Tiefstand der Diskussion.“

Vor Beginn der Sitzung war sich der Reichstagsrat darüber schlüssig geworden, die Reichstagsitzung bis Sonnabend zu verlängern, da eine große Anzahl von neuen Anträgen und Gesetzentwürfen eingegangen sind. Wenn die weiteren Sitzungen ähnlich tumultuarisch verlaufen, — und es hat den Anschein, nach allem was man hört — wird dem Reichstag durch die radikale Opposition jegliche produktive Arbeit unmöglich gemacht. Man muß weit in die Vergangenheit zurückgehen, um sich an Szenen von ähnlichem demagogischen Gepräge zu erinnern.

10. Dezember 1930.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Antrags Dr. Kahl (Dvp.), wonach die bisherigen Bestimmungen des alten Strafgesetzbuches für Strafrechtsreform dem neuen Reichstagsausschuß überwiesen werden sollen.

Dr. Kahl (Dvp.) begründet den Antrag. Beim Beginn seiner Ausführungen schenkt die Reichstagschronographin, da die Sitzung vom Präsidenten Ullrich erst auf später anberaumt worden war. Abg. D. weist darauf hin, daß der alte Reichstag es verstanden habe, ein Ueberleitungsrecht für die Strafrechtsreform zu beschließen. Es wäre aber nicht zu rechtfertigen, wenn die wertvolle Arbeit von zwei Reichstagen für die Strafrechtsreform verloren ginge. Die Strafrechtsreform, die auch die Angleichung des deutschen und österreichischen Rechts bringen soll, sei dringend notwendig, damit das Recht nicht hinter der Entwicklung der Zeit zurückbleibe.

Präsident Ullrich erteilt dem Redner mit der Mitteilung, daß Dr. Fabricius schon vor dem Freilassungsbefehl aus der Haft entlassen worden sei.

Abg. D. Kahl (Dvp.) schließt mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland bisher im Strafrecht die Führung habe. Diese Führung dürfe ihm nicht entzogen werden. (Beifall.) Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium spricht dem Abg. D. Kahl den Dank dafür aus, daß er den Anstoß gegeben habe zur Wiederaufnahme der Strafrechtsreform, mit der Kahl's Name für alle Zeiten untrennbar verbunden sein werde. Das geltende alte Strafrecht sei heute naturgemäß politisch, sozial und wirtschaftlich völlig überaltert. Ein Abbuch der in den beiden letzten Reichstagen begonnenen Reformarbeit würde die bedenklichsten Folgen haben.

Abg. Wuntau (Christl.-Soz.) befragt den Vorkämpfer des Abg. D. Kahl. Die Fortsetzung der Reformarbeit am Strafrecht sei notwendig, wenn man auch nicht allen Einzelheiten der bisherigen Ausschussarbeit zustimmen brauche. Notwendig sei vor allem die in der Reform vorgesehene Einführung von Besserungs- und Sicherungsmaßnahmen.

Abg. Dr. Ullrich (Komm.) erklärt, wenn je eine Zeit den Beruf zur Strafrechtsreform nicht gehabt habe, so sei es die deutsche Gegenwart, in der ein faschistisches Regime sich über den Willen der Volksmehrheit hinwegsetze. Der bisherige Reformentwurf sei ein Werk der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion.

Als der Redner sich gegen die Nationalsozialisten wendet, kommt es zu Tumulten. Abg. Gries (Nat.-Soz.) und mehrere andere Nationalsozialisten rufen: „Unverschämter Judenjunge!“ Sie werden dafür zur Ordnung gerufen. — Von den Nationalsozialisten wird weiter gerufen: „Was geht dem Judd das deutsche Recht an?“

Präsident Ullrich erklärt, wenn die dauernden Störungen nicht aufhören, müsse er mit Ausweisungen vorgehen. Darauf verlassen verschiedene Nationalsozialisten den Saal, die übrigen drehen sich um, so daß sie dem Redner den Rücken zugekehrt. — Als von den Kommunisten durch Zurufe auf diese Demonstration hingewiesen wird, rufen die Nationalsozialisten: „Es reicht uns zu sehr nach Knoblauch.“ Als ein einziges Mitglied seiner Fraktion bleibt der nationalsozialistische Abg. Stöhr mit dem Gesicht dem Redner zugewandt sitzen.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) beginnt seine Rede mit den Worten: „Der Proletarier Ullrich hat die echt jüdische Unverschämtheit befohlen.“ — Präsident Ullrich ruft den Redner zur Ordnung. Dr. Frank wiederholt den Satz. Abg. Ullrich ruft ihn nochmals zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. — Die Kommunisten erheben durch „Wahbarber-Gemurmel“ künstliche Unruhe, in der die weiteren Ausführungen des Redners nur sehr schwer zu verstehen sind.

Präsident Ullrich droht den Geräuschgewölkern Schließung der Sitzung und Ausweisung an. Das Gemurmel läßt darauf etwas nach, verstärkt sich aber wieder, als Dr. Frank meint, Kommunisten und Juden könnten ihn nicht beleidigen.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) erklärt, die Nationalsozialisten würden die von diesem Parlament begonnene Strafrechtsarbeit nicht wieder aufnehmen, denn dabei handele es sich nicht um Reformarbeit. Dem deutschen Empfinden widerspreche es, wenn der Zweckkampf verbotten, die Schließung aber erlaubt ist.

Verärgertes Gemurmel der Kommunisten veranlaßt den Präsidenten zu der Erklärung, er ersuche jetzt zum letzten Male um Ruhe und werde zu strengeren Maßnahmen greifen.

Abg. Dr. Frank II hat in seinen weiteren gegen die Mittelparteien gerichteten Ausführungen, die bei der von den Kommunisten erzeugten Unruhe nicht auf der Tribüne zu verstehen sind, offenbar eine unparlamentarische Bemerkung gemacht, denn Präsident Ullrich ruft ihn zum letzten Male zur Ordnung und erzieht ihn — wie das beim dritten Ordnungsruft immer geschieht — gleichfalls das Wort (Unruhe bei den Nat.-Soz.).

Abg. Bogmann (Str.) beschuldigt Kahl auf die kurze Bemerkung, daß das Zentrum gegen die bisherige Reformarbeit starke Bedenken habe, aber der Ausschussüberweisung nicht widersprechen wolle. Die Deutsche Volkspartei nehme die gleiche Haltung ein.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) nimmt dann das Wort, worauf die meisten Nationalsozialisten den Saal verlassen. Abg. Dr. Goebbels ruft im Saal: „Was hat denn dieser Jude im deutschen Reichstag zu suchen?“ Präsident Ullrich ruft den Abg. Dr. Goebbels zur Ordnung.

Abg. Dr. Rosenfeld stimmt dem Antrag Kahl zu, verlangt aber, daß im neuen Strafgesetzbuch die Todes- und die Ruchlosstrafe verschwinden.

Bei weiteren Ausführungen des Redners entfährt großer Lärm rechts. Der nationalsozialistische Abg. Weiter macht laute Zurufe und geht dann drohend gegen einige Abgeordnete von links vor.

Präsident Ullrich weist ihn wegen Bedrohung von Abgeordneten aus dem Saal und ruft den nationalsozialistischen Abg. Weiter wegen beschimpfender Zurufe zur Ordnung. Abg. Weiter verzicht auf den Saal.

Abg. Rosenfeld (Nat.-Soz.) erklärt, dieses Parlament sei gar nicht imstande, ein wirklich deutsches Recht zu schaffen. Das deutsche Recht müsse die Menschheit deutscher Seele und deutscher Feder schaden (Rufe links: „Und das sagt die Partei, Münchener“). Dafür ist kein Verhängnis vorhanden in den Parteien, in denen die Intelligenz besten und Gemäßigtesten sitzen. Die Verlogenheit, die sich in dieser Frage auch bei den Mittelparteien zeigt, zeigt uns an. (Beifall und Klatschen bei den Nat.-Soz.)

Abg. D. Kahl (Dvp.): Ich verzichte auf ein weiteres Schlusswort mit Rücksicht auf den Tiefstand der Diskussion. Wären die beiden Parteien rechts und links konsequent, so

würden sie verzichten auf die Mitwirkung an einem neuen Strafgesetzbuch und wenn sie verzichten, dann bin ich überzeugt, wird auch ein gutes deutsches Strafgesetzbuch zustande kommen. (Beifälliger Beifall in der Mitte.)

Der Antrag Kahl wird hierauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen dem Strafrechtsausschuß überwiesen.

Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen wird ein von den Regierungsparteien eingebrachter Gesetzentwurf, monach gewerbmäßige Stellenvermittlung, die sich lediglich mit der Vermittlung zu Konzerten, Befahrens- und anderen Vorträgen befaßt, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet (Konzertagenten) ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen dürfen.

### Dann wird die gestern abgebrochene Aussprache über das Pensionskürzungsgesetz fortgesetzt.

Abg. Reinhold (Dt. Staatsp.) erklärt, seine Partei stehe fest auf dem Boden des Berufsbeamtenstandes und werde keinem Gesetz zustimmen, das diesen Boden verläßt. Das könne man aber von dem vorliegenden Entwurf nicht behaupten. Dieser Vorlage könne auch das Berufsbeamtenstand zustimmen. In der jetzigen Notzeit seien viele Schichten des Volkes mit Recht darüber erregt, wenn Pensionsempfänger anderen Arbeitstätigen die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Staatspartei behalte sich Verbesserungsvorschläge für die Ausschussberatung vor.

Abg. Ruck (W.-P.) hält es für notwendig, im Ausschuss auf der Vorlage die jetzt darin enthaltenen Härten und Ungerechtigkeiten zu entfernen. Es sei durchaus berechtigt, gegen die Doppelverdiener vorzugehen, aber unbedeutend sei die sozialdemokratische Forderung, daß neben dem Arbeitslohn auch das übrige Einkommen angerechnet werden soll. Das würde zur Vermögenskonfiskation führen. Die Beamten, die sich auf ihre Verfassungsrechte berufen, müßten auch die in der Verfassung enthaltenen Rechte des Mittelstandes achten. Leider seien in die Beamtenenschaft viele Elemente eingedrungen, die nicht Berufsbeamte sind. Der Redner weist in großer Erregung die Doppelverdiener, daß die Wirtschaftspartei beamtenfeindlich sei, zurück. Die Beamten müßten sich politisch rechts orientieren, dann würden sie den Sozialismus überwinden.

Abg. Dr. Böhler (Soz.) erwidert dem Vorredner, die Beamtenenschaft habe aus sich heraus mit richtigem Instinkt den Weg zur genossenschaftlichen Selbsthilfe der Käufer gefunden. Die Ehre des deutschen Berufsbeamtenstandes müsse geschützt werden vor dem Verdacht, daß der nationalsozialistische Abg. Sprenger die Kulturhöhe des deutschen Berufsbeamtenstandes repräsentiere. Dr. Fric hat durch besondere Vereinerung sich eine Pension gesichert, die den übrigen Ministern nicht zusteht. (Hört! Hört! links. — Große Unruhe h. d. Nat.-Soz. — Abg. Gries (Nat.-Soz.) ruft „Berufskiller“ und wird deswegen vom Präsidenten wieder zur Ordnung gerufen.)

Präsident Ullrich erklärt, die Redezeit von Dr. Böhler sei abgelaufen. Abg. Dittmann (Soz.) widerspricht dieser Feststellung des Präsidenten, worauf einige Nationalsozialisten Dittmann zurufen: „Dieser Meuterer!“ Von sozialdemokratischen Abgeordneten kommen Gegenrufe; ein Sozialdemokrat ruft nach rechts: „Dieser Aufsteiger!“ und „Dieser Rührer!“ — Während Abg. Dr. Böhler nach einigen Schlussätzen die Redezeit überläßt, schließt der Abg. des Streits zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten immer lauter an. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dreher schwingt drohend die Fäuste und will zu den Sozialdemokraten hinüberstürmen. Seine Parteigenossen halten ihn fest, aber er versucht, sich loszureißen. Nur schwer gelingt es den Nationalsozialisten, ihren Fraktionsgenossen Dreher zurückzuhalten.

Präsident Ullrich erklärt, bei dem herrschenden Lärm sei es nicht möglich, irgend etwas zu verstehen. Er ersucht die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen.

Der Lärm legt sich schließlich und als nächster Redner nimmt Abg. Gries (Christl.-Soz.) das Wort. Er erklärt, seine Freunde würden im Ausschuss an der Vorlage mitarbeiten. Sie wollten keineswegs den Beamten das gleiche Unrecht zufügen, das während der Inflation unter Nichtachtung aller wahlwerbenden Rechte so vielen Parteigenossen zugefügt wurde. In der jetzigen Notzeit müßte aber auch ein gewisser Abtrieb bei den hohen Pensionen von Doppelverdienern gemacht werden.

Abg. Gummeter (Landvolk) bezeichnet in einer kurzen Fraktionserklärung eine Kürzung der Pensionen als notwendig. Der Ueberweisung des Entwurfs an den Haushaltsausschuß stimmt er zu.

Abg. Groß (Str.) richtet heftige Angriffe gegen die Wirtschaftspartei, die ihre Beamtenfeindlichkeit mit dem bekannten „Madenlied“ und mit verschiedenen Kartons gegen die hohen Pensionen und der Haltung zu diesem Gesetz zeige sich auch bei den Nationalsozialisten und Deutsch-

nationalen Mute rechts: „Wenauer“). Ich nehme keinen in Schutz, der von seinem hohen Gehalt nichts opfern will. Ich behaupte, daß die Oberbürgermeister beim Beispiel der hohen Reichsbeamten nicht folgen wollen.

Herr Spangler (Nat.-Soz.) schließt sich dem Vordröher in seiner Verurteilung der Wirtschaftspartei an und wendet sich gegen die Ausführungen des Hrn. Dr. Böcker. Die Behauptungen über nationalsozialistische Korruption in Koburg seien erkrankt und erfolglos. Minister Dr. Reich habe seine Beamtenstellung in Bayern aufgegeben, als er in Thüringen das Ministeramt übernahm. Es sei also ganz selbstverständlich gewesen, daß er sich in Thüringen für den Fall der Dienstfähigkeit den Pensionanspruch sichern ließe.

Herr Bunde (B.-V.) erwidert, das „Wenauer“ sei während des Klarez-Prozesses erschienen und die Wirtschaftspartei habe das Erscheinen bedauert.

Damit ist die Aussprache beendet.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Herr Schmidt-Gannover (Dn.) beantragt, auf die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung die deutschnationalen Wahlenanträge gegen die Minister Dr. Dietrich, Dr. Curtius und Exzellenz zu setzen. Weiter beantragt er für Donnerstag die Beratung der deutschnationalen Anträge auf Streichung des Volkseigenenschaftsbeschlusses des Reiches an Preußen.

Herr Dr. Spangler (Dn.) beantragt für morgen weiter die Beratung sozialpolitischer Anträge der Deutschnationalen.

Herr Wendhausen (Landvolk) unterstützt die Wahlenanträge gegen Dr. Curtius und Dr. Dietrich. Er schließt sich auch den Anträgen gegen das rote Preußen an.

Herr Dr. Ramm (Christl.-Nat.) verlangt für morgen die Beratung der Anträge zum Schutz der Jugend bei Süßwarenherstellung.

Herr Dr. Reich (Nat.-Soz.) beantragt für morgen die große außerpolitische Aussprache.

Herr Dr. Spangler (Dn.) verlangt die Beratung von Anträgen gegen das Republikanengesetz.

Herr Dr. Döhring (Dn.) fordert die Beratung eines deutschnationalen Antrages auf Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“.

Herr Hoff (Dn.) weist darauf hin, daß die Deutschnationalen im Reichstagen keine Wünsche geäußert hätten. Mit der Beratung der sozialpolitischen Anträge würde das Zentrum einverstanden sein.

Die Beratung des Republikanengesetzes wird mit 220 gegen 188 Stimmen abgelehnt.

Abgelehnt werden unter Umständen der Reichs- und alle übrigen von rechts gestellten Anträge.

Bei der Ablehnung des Antrages Döhring (Dn.) hatte ein einzelnes Mitglied der Deutschen Volkspartei der Hrn. v. Seckl für den Antrag gestimmt.

Um 8 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag, 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge zum Schutz der Jugend bei Süßwarenherstellung.

# Helft das städtische Hilfswerk unterstützen!

In einer Aussprache über die außerordentlich dringende Frage, wie der großen Zahl der Hilfsbedürftigen unserer Stadt geholfen werden kann, hatten der Vorsitzende des Ratkollegiums, Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider, sowie die Herren Stadtvorordnetenvorsteher Dr. Rühlmeister und 1. Stadtvorordnetenvorsteher Gänther alle beteiligten Kreise eingeladen. In der Zusammenkunft, die gestern abend im Sitzungssaal des Rathhauses stattfand, hatte sich eine stattliche Anzahl Damen und Herren eingefunden, die teils als Vertreter der städtischen Körperschaften, der Vereine der freiwilligen Wohlfahrtsvereine, der Industrie, der Innungen, sowie sonstiger Vereine, der Presse usw. erschienen waren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider wies zunächst darauf hin, daß die besondere Not dieses Winters und die große Zahl der Hilfsbedürftigen besondere Maßnahmen zur Verringerung der Not erforderlich machen. Um weitere Kreise der Einwohnerschaft auf die große Notlage hinzuwirken und Mittel und Wege zur Hilfe zu finden, sei die Einladung zu der Besprechung erfolgt. Für ganz Sachsen seien bekanntlich bereits Hilfsmassnahmen eingeleitet worden. In unserer Stadt bestehe in die Einrichtung eines städtischen Hilfswerkes schon seit Jahren. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Hilfsbedürftigen und der außerordentlichen Notlage wolle man aber nicht unterlassen, alles zu versuchen, das Hilfswerk zu stärken; es müßten also alle Kreise der Einwohnerschaft Hand in Hand arbeiten, um den Notleidenden beizuhelfen. Es sei besonders nötig, alles gemeinsam zu tun, um die Not zu mildern. Davon könnten auch die privaten freiwilligen Wohlfahrtsvereine, deren Wohlfahrtsbestrebungen auch von der Stadtverwaltung dankbar und hoch anerkannt würden, nicht ausgeschlossen werden. Bisher sei die Stadt immer noch in der Lage gewesen, einen angemessenen Betrag für eine Winterbeihilfe an bedürftige Einwohner einzustellen; infolge der Finanznot der Stadt sei es dieses Jahr nicht möglich, die Stadtkasse noch mehr in Anspruch zu nehmen. Durch das städtische Hilfswerk solle anlässlich des Weihnachtsestes der ganze Kreis der Hilfsbedürftigen in möglichst weitgehender Weise bedacht werden. Zur Durchführung der geplanten Hilfsmassnahmen seien aber etwa 20.000 RM. erforderlich, wozu der bis jetzt zur Verfügung stehende Betrag leider bei weitem nicht ausreichte. Deshalb sei es dringend nötig, die noch fehlenden Mittel durch freiwillige Spenden auszubringen zu versuchen. Herr Oberbürgermeister richtete an die anwesenden Damen und Herren die herzliche Bitte, in den ihnen nahestehenden Kreisen auf die große Notlage besonders hinzuwirken und sie zu bitten, das städtische Hilfswerk zu unterstützen.

igen Wohlfahrtsvereine die Bitte, reichlich mitzuwirken und mit der Zentralstelle, dem städtischen Hilfswerk, mitzuwirken. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wies des Weiteren auf die von der städtischen Nothilfe vorgeschlagenen Unterstützungsmöglichkeiten hin und betonte ausdrücklich, daß die städtische Nothilfe eine durchaus verparteiliche Zusammenfassung darstelle. Von den verschiedensten Einnahmestellen wird die Veranstaltung von Haus- und Straßensammungen besonders empfohlen. Zur Stärkung des städtischen Hilfswerkes trage auch der Erlös der Wohlfahrtsbriefmarken bei, wenn diese vom städtischen Hilfswerk oder von der Stadtkasse oder von den Verwaltungskassen Erbsa oder Weibsa bezogen werden. Aber auch für Sachspenden aller Art fände sich immer Verwendung. Sehr willkommen seien jederzeit Nahrungsmittel (in größeren Mengen) und Brennmaterial. Ein dankbares Gebiet der freien Wohlfahrtspflege sei auch die Verringerung der geistigen und seelischen Not besonders der jüngeren Erwerbslosen. Zu warnen sei hingegen vor Unterbringung sogenannter wilder Sammlungen für Erwerbslose, da die auf solche Weise gesammelten Gaben nicht der großen Masse zufließen. Das städtische Hilfswerk gedanke, noch vor Weihnachten eine Verteilung an die Unterstufungsbedürftigen vornehmen zu können, und zwar in Gestalt von Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Es würden etwa 11-12.000 Rente Briefe benötigt. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wiederholte am Schluß seiner Darlegungen die Bitte, zu helfen und den noch erforderlichen Betrag dem städtischen Hilfswerk durch freiwillige Spenden zuzuführen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider ergriff nochmals das Wort, um die wiederholt gehörte Meinung, daß das städtische Hilfswerk politisch und religiös differenziert sei, zu zerstreuen und hat, derartige Annahmen zurückzuweisen. Er halte es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß alle zuständigen städtischen Ausschüsse bemüht sind, in Unterstufungsfragen einzig und allein die Notlage zu prüfen, ohne Ansehung der politischen Einstellung oder des religiösen Bekenntnisses des Unterstufungsbedürftigen. Gegenteilige Meinungen, die des öfteren aufkommen, seien unbegründet. Dies bestätigte später auch Herr Stadtrat Führer. Herr Oberbürgermeister hat nochmals, dafür einzutreten, das Unterstufungswerk zu zentralisieren, und zwar deswegen, um bei Verteilung von Spenden Mißstände zu vermeiden. Die Wohlfahrtsbestrebungen der einzelnen Organisationen sollen durch die Zentralisierung natürlich in keiner Weise beeinträchtigt werden.

In der anschließenden Aussprache wurde zu den Ausführungen der Vordröher Stellung genommen. Es wurde angeregt, sich auch an die Vereine zu wenden, die nicht Wohlfahrtsvereine sind. Durch Abführung der Erträge einer Veranstaltung oder durch Verzicht eines Vermögens könne durch Abführung eines entsprechenden Betrages das Hilfswerk unterstützt werden. Es wurde an alle Kreise, die in der Lage sind, zu geben, appelliert, die große Not lindern zu helfen. Bekanntgegeben wurde, daß der Kaufmännische Verein in Riesa beschlossen habe, 300 RM. dem städtischen Hilfswerk zuzuführen. Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider nahm diese Mitteilung mit bestem Dank entgegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Beschluß auch anderen Vereinen Anregung gebe, das gleiche zu tun. Er hat nochmals, in allen Kreisen der Einwohnerschaft das Mitgefühl zu wecken und zu heben, das Hilfswerk nach Kräften zu unterstützen.

Von einer noch vor Weihnachten zu veranstaltenden Hausammlung wurde mit Rücksicht auf die Länge der Zeit abgesehen. Grundsätzlich wurde beschlossen, eine Hausammlung in die Wege zu leiten. Die Festlegung der Zeit und die Art der Ausgestaltung soll dem städtischen Hilfswerk in Verbindung mit den in der Stadt bestehenden Wohlfahrtsvereinen überlassen werden.

Sum Vorkreuz in der Metallindustrie. Im Vorkreuz in der sächsischen Metallindustrie hat der Schlichter die Vorverhandlungen auf den 19. ds. Mitt. anberaumt.

Große Strafen bei Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung. Die verstärkte Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen der Arbeitslosenversicherung hat amongstläufig den Kampf gegen den Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung, der seit der Aufhebung des Bedürftigkeitsnachweises in immer größerem Umfang Platz gegriffen hat, erheblich verschärft. Diese Erfassungen haben die Reichsanstalt veranlaßt, ihre Ermittlungstätigkeit zu vermehren und mit aller Energie gegen die unbedingte Inanspruchnahme von Unterstufungen vorzugehen. Der Kampf richtet sich nicht nur gegen die Arbeitnehmer, sondern ebenso gegen die Arbeitgeber, die eine unbedingte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung durch wissentliche Verschüttung von Schwarzarbeitern oder durch Ausschüttung unzulässiger oder falscher Arbeitsbescheinigungen fördern. Die Reichsanstalt hat die einzelnen Arbeitsämter angewiesen, gegen jeden Mißbrauch mit aller gebotenen Schärfe vorzugehen. Sie können neben der Eingelebung zu Unrecht bezogener Unterstufungsbeträge Ordnungsgeldstrafen bis zum Tausend Beträge der täglichen Unterstufung verhängen und müssen außerdem bei Fällen, die gegen die allgemeinen Strafgesetze oder gegen strafrechtliche Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verstoßen, Strafverfolgung erheben.

Schneefall im Erzgebirge. Aus Bismarck wird gemeldet: Im sächsischen Erzgebirge trat gestern abend bei einigen Kältegraden reichlicher Schneefall ein.

Hilfe anlässlich der Hochwasserkatastrophe. Aus Anlaß der Hochwasserkatastrophe in Schlesien und Sachsen haben sächsische Reichstagsabgeordnete aller Parteien im Reichstage den Antrag eingebracht, die vom fünften Ausschuß gestellten Beschlüsse über Hilfsmassnahmen in Schlesien nunmehr auch auf die sächsische Oberlausitz auszudehnen.

Künstlerischer Wettbewerb. Der Wanderschaft Rat schreibt mit Genehmigung des Ministeriums des Innern unter sächsischen und in Sachsen lebenden Künstlern einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Tür und ein Relief für das Vorgesetzene über dem Portal der St. Annenkirche in Annaberg aus. Außer den Mitteln für die Ausführung stehen 6000 RM. für Preise zur Verfügung. Als Anlieferungsfrist ist Sonnabend, der 7. März 1930, mittags 12 Uhr, festgesetzt worden. Die ausführlichen Wettbewerbsbedingungen und die sonstigen Unterlagen sind durch die Akademie der bildenden Künste in Dresden erhältlich.

Die Lage Sachsens im Konjunkturverlauf. Der Direktor im Statistischen Reichsamt und Institut für Konjunkturforschung, Dr. Bramstedt, wird Dienstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Hotel Bristol im Rahmen einer Veranstaltung der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller einen Vortrag über das Thema „Die Lage Sachsens im Konjunkturverlauf“ halten.

Fahrplanwechsel 1931 am 15. Mai. Die in einem Teil der Tagespresse veröffentlichten Notis über Inkrafttreten des Fahrplans 1931 ist nicht richtig. 1931 tritt der Fahrplanwechsel wie üblich am 15. Mai in Kraft. Dagegen wird im Jahre 1932 wegen der frühen Lage des Winterfestes der Fahrplan erst am 22. Mai eingeführt.

Die heutige Landtagssitzung. Auf der Tagesordnung der heutigen Vollversammlung des Landtages stehen außer der ersten Lesung des Staatshaushaltsplans die Regierungsvorlagen über die Verhältnisse und den Kapitalbedarf der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe und den Entwurf eines Anleihegesetzes, ferner Anfragen wegen der Kosten der letzten Landtagswahlen, die Beteiligung staatlicher Stellen an der Zeitung Volksstaat sowie Erweiterung und Einrichtung von Verkaufsgeschäften der sächsischen Werke.

Kirche und Notgeld. Das Landeskonfessionsrat hat gemeinsam mit dem ständigen Synodalausschuß für alle Geistlichen, kirchlichen Beamten und Angehörigen im Bereiche der ev.-luth. Landeskirche die gleiche Forderung der Dienstbezüge und Versorgungsbezüge vom 1. Februar 1931 an angeordnet, wie sie durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 bzw. durch die Verordnung des Gesamtministeriums vom 8. Dezember 1930 für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten vorgeschrieben worden ist.

Unbekannter Täter. Am 6. ds. Mitt. hat sich in Freiberg ein annehmbar 30-jähriger Mann vom Zuge überfahren lassen. Der Kopf ist vollständig zermalmt. Die Kleidung des Toten besteht in schwarz-grauer Winterjacke mit ausgehärtem Brust- und Ärmelstreifen, klaffender Stoffhose, brauner Strickjacke, Maccowäsche, Hemd aus J. S. und roter Nr. 100, grauwollenen Strümpfen, Gummihandschuhen, Haem Schütz und schwarzen Schuhen. Als Kopfbedeckung trug er eine dunkelbraune Ledermütze. Eine Vermittlungsanzeige liegt bisher nicht vor. Sachdienliche Angaben zur Bestimmung der Person erbittet das Landeskriminalamt Dresden, Schlegelgasse 7, 3., Zimmer 191.

Warnung vor Geldwechselfälschern. In den letzten Tagen sind in Leipzig zwei Geldwechselfälscher mit ausländischen Geldnoten aufgetreten. Die Betrüger suchten ihre Opfer insbesondere auf dem Hauptbahnhof. Sie sprachen sie an und wollten ausländische Noten, insbesondere Dollars und polnische Notbanknoten in deutsches Geld umgewandelt haben. Hierbei forderten sie für die Einwechslung einen hohen Verdienst zu. Erklärte sich das Opfer bereit, auf das „Geschäft“ einzugehen, so brachten sie die einzuwechslenden Noten, in ein Taschentuch eingewickelt, zum Vorschein. Dann zeigten sie die Scheine dem Opfer und wählten sie wieder ein. Durch fortgesetztes Einsprechen lenkten sie die Aufmerksamkeit vom Einwickeln der Scheine ins Taschentuch ab und ließen statt derselben Papierstücke hinein. Nachdem sich die beiden Unbekannten entfernt hatten und die Betrüger die Taschentücher auf ihren Inhalt nachprüften, mußten sie feststellen, daß sie Geldwechselfälschermittel in die Hände gefaßt waren. Auf diese Weise wurde ein Geschäftsmann um 650 RM. und ein polnischer Handarbeiter um 200 RM. geschädigt. Die Betrüger sprachen Polnisch und Deutsch.

4000 Personen

durch das städtische Hilfswerk berücksichtigt werden. Es sind zur Zeit in Riesa vorhanden:

400 Sozialrentner mit 160 Angehörigen,
140 Altersrentner mit 20 Angehörigen,
620 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit 820 Angehörigen,
640 Arbeitslosenunterstützungsempfänger mit 700 Angehörigen,
540 Arbeitslosenunterstützungsempfänger mit 600 Angehörigen,

also insgesamt 2200 Unterstützungsempfänger mit 1800 Angehörigen, zusammen 4000 Köpfe.

Es sei also dringend nötig, daß von allen Seiten auf die große Not hingewiesen werde und daß genügend Grund des Zusammengehens aller Kreise vorhanden sei. Er richte deshalb an alle Organisationen der freiwilligen

Wohlfahrtsvereine, die Bitte, reichlich mitzuwirken und mit der Zentralstelle, dem städtischen Hilfswerk, mitzuwirken. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wies des Weiteren auf die von der städtischen Nothilfe vorgeschlagenen Unterstützungsmöglichkeiten hin und betonte ausdrücklich, daß die städtische Nothilfe eine durchaus verparteiliche Zusammenfassung darstelle. Von den verschiedensten Einnahmestellen wird die Veranstaltung von Haus- und Straßensammungen besonders empfohlen. Zur Stärkung des städtischen Hilfswerkes trage auch der Erlös der Wohlfahrtsbriefmarken bei, wenn diese vom städtischen Hilfswerk oder von der Stadtkasse oder von den Verwaltungskassen Erbsa oder Weibsa bezogen werden. Aber auch für Sachspenden aller Art fände sich immer Verwendung. Sehr willkommen seien jederzeit Nahrungsmittel (in größeren Mengen) und Brennmaterial. Ein dankbares Gebiet der freien Wohlfahrtspflege sei auch die Verringerung der geistigen und seelischen Not besonders der jüngeren Erwerbslosen. Zu warnen sei hingegen vor Unterbringung sogenannter wilder Sammlungen für Erwerbslose, da die auf solche Weise gesammelten Gaben nicht der großen Masse zufließen. Das städtische Hilfswerk gedanke, noch vor Weihnachten eine Verteilung an die Unterstufungsbedürftigen vornehmen zu können, und zwar in Gestalt von Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Es würden etwa 11-12.000 Rente Briefe benötigt. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wiederholte am Schluß seiner Darlegungen die Bitte, zu helfen und den noch erforderlichen Betrag dem städtischen Hilfswerk durch freiwillige Spenden zuzuführen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider ergriff nochmals das Wort, um die wiederholt gehörte Meinung, daß das städtische Hilfswerk politisch und religiös differenziert sei, zu zerstreuen und hat, derartige Annahmen zurückzuweisen. Er halte es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß alle zuständigen städtischen Ausschüsse bemüht sind, in Unterstufungsfragen einzig und allein die Notlage zu prüfen, ohne Ansehung der politischen Einstellung oder des religiösen Bekenntnisses des Unterstufungsbedürftigen. Gegenteilige Meinungen, die des öfteren aufkommen, seien unbegründet. Dies bestätigte später auch Herr Stadtrat Führer. Herr Oberbürgermeister hat nochmals, dafür einzutreten, das Unterstufungswerk zu zentralisieren, und zwar deswegen, um bei Verteilung von Spenden Mißstände zu vermeiden. Die Wohlfahrtsbestrebungen der einzelnen Organisationen sollen durch die Zentralisierung natürlich in keiner Weise beeinträchtigt werden.

In der anschließenden Aussprache wurde zu den Ausführungen der Vordröher Stellung genommen. Es wurde angeregt, sich auch an die Vereine zu wenden, die nicht Wohlfahrtsvereine sind. Durch Abführung der Erträge einer Veranstaltung oder durch Verzicht eines Vermögens könne durch Abführung eines entsprechenden Betrages das Hilfswerk unterstützt werden. Es wurde an alle Kreise, die in der Lage sind, zu geben, appelliert, die große Not lindern zu helfen. Bekanntgegeben wurde, daß der Kaufmännische Verein in Riesa beschlossen habe, 300 RM. dem städtischen Hilfswerk zuzuführen. Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider nahm diese Mitteilung mit bestem Dank entgegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Beschluß auch anderen Vereinen Anregung gebe, das gleiche zu tun. Er hat nochmals, in allen Kreisen der Einwohnerschaft das Mitgefühl zu wecken und zu heben, das Hilfswerk nach Kräften zu unterstützen.

Von einer noch vor Weihnachten zu veranstaltenden Hausammlung wurde mit Rücksicht auf die Länge der Zeit abgesehen. Grundsätzlich wurde beschlossen, eine Hausammlung in die Wege zu leiten. Die Festlegung der Zeit und die Art der Ausgestaltung soll dem städtischen Hilfswerk in Verbindung mit den in der Stadt bestehenden Wohlfahrtsvereinen überlassen werden.

Wohlfahrtsvereine, die Bitte, reichlich mitzuwirken und mit der Zentralstelle, dem städtischen Hilfswerk, mitzuwirken. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wies des Weiteren auf die von der städtischen Nothilfe vorgeschlagenen Unterstützungsmöglichkeiten hin und betonte ausdrücklich, daß die städtische Nothilfe eine durchaus verparteiliche Zusammenfassung darstelle. Von den verschiedensten Einnahmestellen wird die Veranstaltung von Haus- und Straßensammungen besonders empfohlen. Zur Stärkung des städtischen Hilfswerkes trage auch der Erlös der Wohlfahrtsbriefmarken bei, wenn diese vom städtischen Hilfswerk oder von der Stadtkasse oder von den Verwaltungskassen Erbsa oder Weibsa bezogen werden. Aber auch für Sachspenden aller Art fände sich immer Verwendung. Sehr willkommen seien jederzeit Nahrungsmittel (in größeren Mengen) und Brennmaterial. Ein dankbares Gebiet der freien Wohlfahrtspflege sei auch die Verringerung der geistigen und seelischen Not besonders der jüngeren Erwerbslosen. Zu warnen sei hingegen vor Unterbringung sogenannter wilder Sammlungen für Erwerbslose, da die auf solche Weise gesammelten Gaben nicht der großen Masse zufließen. Das städtische Hilfswerk gedanke, noch vor Weihnachten eine Verteilung an die Unterstufungsbedürftigen vornehmen zu können, und zwar in Gestalt von Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Es würden etwa 11-12.000 Rente Briefe benötigt. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wiederholte am Schluß seiner Darlegungen die Bitte, zu helfen und den noch erforderlichen Betrag dem städtischen Hilfswerk durch freiwillige Spenden zuzuführen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider ergriff nochmals das Wort, um die wiederholt gehörte Meinung, daß das städtische Hilfswerk politisch und religiös differenziert sei, zu zerstreuen und hat, derartige Annahmen zurückzuweisen. Er halte es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß alle zuständigen städtischen Ausschüsse bemüht sind, in Unterstufungsfragen einzig und allein die Notlage zu prüfen, ohne Ansehung der politischen Einstellung oder des religiösen Bekenntnisses des Unterstufungsbedürftigen. Gegenteilige Meinungen, die des öfteren aufkommen, seien unbegründet. Dies bestätigte später auch Herr Stadtrat Führer. Herr Oberbürgermeister hat nochmals, dafür einzutreten, das Unterstufungswerk zu zentralisieren, und zwar deswegen, um bei Verteilung von Spenden Mißstände zu vermeiden. Die Wohlfahrtsbestrebungen der einzelnen Organisationen sollen durch die Zentralisierung natürlich in keiner Weise beeinträchtigt werden.

In der anschließenden Aussprache wurde zu den Ausführungen der Vordröher Stellung genommen. Es wurde angeregt, sich auch an die Vereine zu wenden, die nicht Wohlfahrtsvereine sind. Durch Abführung der Erträge einer Veranstaltung oder durch Verzicht eines Vermögens könne durch Abführung eines entsprechenden Betrages das Hilfswerk unterstützt werden. Es wurde an alle Kreise, die in der Lage sind, zu geben, appelliert, die große Not lindern zu helfen. Bekanntgegeben wurde, daß der Kaufmännische Verein in Riesa beschlossen habe, 300 RM. dem städtischen Hilfswerk zuzuführen. Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider nahm diese Mitteilung mit bestem Dank entgegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Beschluß auch anderen Vereinen Anregung gebe, das gleiche zu tun. Er hat nochmals, in allen Kreisen der Einwohnerschaft das Mitgefühl zu wecken und zu heben, das Hilfswerk nach Kräften zu unterstützen.

Von einer noch vor Weihnachten zu veranstaltenden Hausammlung wurde mit Rücksicht auf die Länge der Zeit abgesehen. Grundsätzlich wurde beschlossen, eine Hausammlung in die Wege zu leiten. Die Festlegung der Zeit und die Art der Ausgestaltung soll dem städtischen Hilfswerk in Verbindung mit den in der Stadt bestehenden Wohlfahrtsvereinen überlassen werden.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 11. Dezember 1930.

Wettervorhersage für den 12. Dezember. Mittagszeit von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Beträchtlich aufsteigende Winde aus südwestlichen bis westlichen Richtungen, vorübergehend Bewölkungsabnahme, Niederschläge zuerst aufhörend, im Laufe des Tages mit zunehmender Stärke wieder einsetzend, nach kalter Nacht Temperaturrückgang, Neigung zur Nebelbildung.

Daten für den 12. Dezember 1930. Sonnenaufgang 7.55 Uhr. Sonnenuntergang 15.51 Uhr. Mondaufgang 23.46 Uhr. Monduntergang 12.22 Uhr. 1821: Der französische Dichter Guillaume de Selve in Rouen geb. (gest. 1860).

Sächsische Landesbahnen. Die 3. und 4. Spielzeit der „S.“ in Riesa findet vom 15. bis 19. Dez. und vom 20. bis 21. Dez. statt. Innerhalb dieser Spielzeiten kommen bedeutende Autoren der Gegenwart zur Aufführung: Edgar Wallace, Edwin Burke, Fred A. Angermayer, Georg Kaiser, Paul Knudsen. Die 4. Spielzeit schließt am Silvesterabend mit dem allüberall entzückend aufgenommenen altweihnachtlichen Schwank „Die spanische Fliege“ von Franz Arnold und Ernst Bach. Abends im Anzeigenteil. — Die Zahl der Unterschriften für die Petition zur Erhaltung der „S.“, die in den nächsten Tagen an die Staatsregierung und an den Landtag abgeht, wird beträchtlich in Riesa allein 312. Die Sammlung von Unterschriften ist damit abgeschlossen.

Wünsche lebhaft. (Vollzeitsbericht.) In der Nacht zum 11. ds. wurden auf dem früheren Götterbergplatz auf Weg 18, Parzelle 28, in einem Erdbeergeräben durch Einbruch zwei weiße und zwei graue Schafe, die noch nicht schlachtreif waren und ein Gewicht von etwa je 10 Pf. hatten, gestohlen. Der Täter hat die Tür des maränen Gästehauses aufgewuchtet und die ge-

stohlenen Schafe am Tatort losgelassen. Möglicherweise, daß er zum Transport des Diebstahles einen Esel verwendet hat. — Sachdienliche Angaben darüber, auch wenn sie noch so geringfügig gehalten werden, erbittet der Kriminalposten.

Erwähnte Rollgelddinge. Zur Förderung des von der Reichsregierung eingeleiteten allgemeinen Verkehrsbaues hat das Reichsbahn-Geschäftsbüro in Berlin im Einvernehmen mit dem sächsischen Bahndirektor, der Firma P. Friß Rühle, die Rollgelddinge für die bahnmännliche Ausrüstung der Expreßzüge, Eil- und Frachtschulden mit Wirkung vom 15. Dezember 1930 wesenlich ermäßigt. — Die zuständigen Stellen erheben darüber gern weitere Auskunft.

Der Verband Deutscher Techniker. Ortsgruppe Riesa, hielt am 8. Dezember 1930 seine letzte diesjährige Monatsversammlung ab. Herr Ingenieur Richter, Dresden, schloß seine hochinteressante Vortragsreihe über Optik mit einem seltenern, allgemein verständlichen Vortrag über Astronomie ab. Referent erläuterte auf Grund seiner Fachkenntnisse die Bewegungen der Himmelskörper, unsere Planetensysteme, die Entstehung der Sterne, die Materie, Helligkeit und Bahnen der Planeten sowie die Arbeiten Keplers, Galilei und Newtons. Der Vortrag im Saale bewies das rege Interesse, welches derartige Vorträge, für die die Ortsgruppe laufend zur Erweiterung der Allgemeinbildung ihrer Mitglieder sorgt, aus diesen Reihen entgegengebracht wird. — Anschließend gab der Vorsitzende geschäftliche Mitteilungen bekannt.

Veränderungen im Baugewerbe. Der Bezirksarbeitsgeberverband für das Baugewerbe im Reichsamt Sachsen, die Gruppe Sachsen im Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen und der Bezirksverein Sachsen im Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes haben, das Betriebsabkommen für die kaufmännischen und technischen Angehörigen im Baugewerbe per Ende d. J. gekündigt. — Der Verband sächsisch-schlesischer Baugewerke hat den bestehenden Lohnvertrag zum 31. Dezember d. J. gekündigt.

Wohlfahrtsvereine, die Bitte, reichlich mitzuwirken und mit der Zentralstelle, dem städtischen Hilfswerk, mitzuwirken. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wies des Weiteren auf die von der städtischen Nothilfe vorgeschlagenen Unterstützungsmöglichkeiten hin und betonte ausdrücklich, daß die städtische Nothilfe eine durchaus verparteiliche Zusammenfassung darstelle. Von den verschiedensten Einnahmestellen wird die Veranstaltung von Haus- und Straßensammungen besonders empfohlen. Zur Stärkung des städtischen Hilfswerkes trage auch der Erlös der Wohlfahrtsbriefmarken bei, wenn diese vom städtischen Hilfswerk oder von der Stadtkasse oder von den Verwaltungskassen Erbsa oder Weibsa bezogen werden. Aber auch für Sachspenden aller Art fände sich immer Verwendung. Sehr willkommen seien jederzeit Nahrungsmittel (in größeren Mengen) und Brennmaterial. Ein dankbares Gebiet der freien Wohlfahrtspflege sei auch die Verringerung der geistigen und seelischen Not besonders der jüngeren Erwerbslosen. Zu warnen sei hingegen vor Unterbringung sogenannter wilder Sammlungen für Erwerbslose, da die auf solche Weise gesammelten Gaben nicht der großen Masse zufließen. Das städtische Hilfswerk gedanke, noch vor Weihnachten eine Verteilung an die Unterstufungsbedürftigen vornehmen zu können, und zwar in Gestalt von Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Es würden etwa 11-12.000 Rente Briefe benötigt. Herr Verwaltungsdirektor Gänther wiederholte am Schluß seiner Darlegungen die Bitte, zu helfen und den noch erforderlichen Betrag dem städtischen Hilfswerk durch freiwillige Spenden zuzuführen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider ergriff nochmals das Wort, um die wiederholt gehörte Meinung, daß das städtische Hilfswerk politisch und religiös differenziert sei, zu zerstreuen und hat, derartige Annahmen zurückzuweisen. Er halte es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß alle zuständigen städtischen Ausschüsse bemüht sind, in Unterstufungsfragen einzig und allein die Notlage zu prüfen, ohne Ansehung der politischen Einstellung oder des religiösen Bekenntnisses des Unterstufungsbedürftigen. Gegenteilige Meinungen, die des öfteren aufkommen, seien unbegründet. Dies bestätigte später auch Herr Stadtrat Führer. Herr Oberbürgermeister hat nochmals, dafür einzutreten, das Unterstufungswerk zu zentralisieren, und zwar deswegen, um bei Verteilung von Spenden Mißstände zu vermeiden. Die Wohlfahrtsbestrebungen der einzelnen Organisationen sollen durch die Zentralisierung natürlich in keiner Weise beeinträchtigt werden.

In der anschließenden Aussprache wurde zu den Ausführungen der Vordröher Stellung genommen. Es wurde angeregt, sich auch an die Vereine zu wenden, die nicht Wohlfahrtsvereine sind. Durch Abführung der Erträge einer Veranstaltung oder durch Verzicht eines Vermögens könne durch Abführung eines entsprechenden Betrages das Hilfswerk unterstützt werden. Es wurde an alle Kreise, die in der Lage sind, zu geben, appelliert, die große Not lindern zu helfen. Bekanntgegeben wurde, daß der Kaufmännische Verein in Riesa beschlossen habe, 300 RM. dem städtischen Hilfswerk zuzuführen. Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider nahm diese Mitteilung mit bestem Dank entgegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Beschluß auch anderen Vereinen Anregung gebe, das gleiche zu tun. Er hat nochmals, in allen Kreisen der Einwohnerschaft das Mitgefühl zu wecken und zu heben, das Hilfswerk nach Kräften zu unterstützen.

Von einer noch vor Weihnachten zu veranstaltenden Hausammlung wurde mit Rücksicht auf die Länge der Zeit abgesehen. Grundsätzlich wurde beschlossen, eine Hausammlung in die Wege zu leiten. Die Festlegung der Zeit und die Art der Ausgestaltung soll dem städtischen Hilfswerk in Verbindung mit den in der Stadt bestehenden Wohlfahrtsvereinen überlassen werden.

Wochenarten auch für Angehörige der... Die Staatspartei hat im Reichstag einen Antrag... bei der Reichsbahnverwaltung... die Arbeiterwochenarten auch für Angehörige... die Staatspartei die Verlegung eines Verkehrs-Gesetzes... die Bestimmung bei allen Verkehrsmitteln einseitig...  
 Ein praktisches Futterhaus für die... Vogel mit Schuss vor Regen und anderen Vögeln... die hiesigen Vögel nicht gleich an diese Dinge... die hiesigen Vögel nicht gleich an diese Dinge... die hiesigen Vögel nicht gleich an diese Dinge...  
 Glaubitz. In der Kirche zu Glaubitz wird am... 14. Dezember, 15.30 Uhr, musikalische Abend...  
 Großenhain. Standal während und nach der... Stadtvorordnetenversammlung...  
 Blochwitz. Am 1. Advent hielt unser Herr Pfarrer...  
 Döbeln. Am letzten Sonnabend hielt der Verein...  
 Dresden. Umwelts Gerüchte. Bei den letzten...  
 Chemnitz. 500.000 M. für Kleinwohnungsbauten...

## Wie wird der Winter werden?

Der Winter, der nun dieser Tage erstlich an unsere...  
 Es kommt anscheinend ganz darauf an, nach welchen...  
 Dann war da s. B. noch ein Mann, der aus dem...  
 Wenn ich nur wüßte, ob Döhne, wie sie es im Sommer...  
 Großenhain. Brand in den letzten Jahren wiederholt...  
 Dresden. Einbruch in ein Pelzwarengeschäft. Dienst...  
 Dresden. Von einem Selbstmord überfallen. Am...  
 Dresden. Gelehrliches Vergnügen. Am Dienstag...  
 Dresden. Wieder ein Handtäschentraub. Am Mittwoch...  
 Dresden. 40-jähriges Jubiläum. Am Sonntag...  
 Dresden. Ratshellose. Der Rat wählte in seiner...  
 Pirna. Im Dienst vom Tod ereilt. Am Mittwoch...  
 Leipzig. Zwei Jahre Gefängnis für einen „Ge...  
 Leipzig. Respekt mit einem wertlosen Ring. Um...  
 Chemnitz. 500.000 M. für Kleinwohnungsbauten...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

schaffung zweier Hypotheken für Kleinwohnungsbauten...  
 Annaberg. Besetzung für Ermittlung eines Mä...  
 Spidau. Ein ungetreuer Postkaffner. Der...  
 Plauen. Ein zweites Todesopfer. Der blutige Ju...  
 Torgau. Eine alte Getreidefirma in Konkurs...  
 Komotau. Seuchen im Erzgebirge. In den Erz...  
 Die Dresdner Studentenschaft...  
 Reichshandwerks-Woche...  
 Heraushebung des Wahlalters in Bayern...  
 Deutscher Dampfer gekentert...

**W. Kreischnar** Gebrüder 1838  
 praktischer **Kemdenschneider**  
 Tadellos sitzende Oberhemden und jegliche  
 Herrenwäsche nach eigenem Maßsystem  
 Krawatten und Unterzeuge  
 Leipzig, Markt Nr. 10, Rathaus gegenüber



### Die Städte fordern Ergänzung der Rotverordnungen

Berlin, 11. Dezember.

Der Gesamtvorstand des Reichsstadtbundes fasste folgende Entschliessung: Der Gesamtvorstand des Reichsstadtbundes sieht in der Rotverordnung vom 1. Dezember im ganzen einen Schritt zur Sicherung von Wirtschaft und öffentlichen Finanzen. Er vernimmt aber ausreichende Massnahmen zur Sicherstellung der kommunalen Finanzwirtschaft, welche durch die nach wie vor steigenden Ausgaben für die Wohlfahrtsverbände und die Krisenunterstützung auf das schwerste gefährdet wird. Daher muss noch in letzter Stunde seitens des Reiches wirksame Abhilfe geschaffen werden. Der Vorstand hält eine sofortige Ergänzung der Rotverordnung, durch die den Gemeinden schon für das laufende Rechnungsjahr entwerfer diese Lasten abgenommen oder ausreichende Mittel zu deren Bestreitung bereitgestellt werden, für erforderlich.

In der Frage einer Verlängerung der Schulpflicht und der Verkürzung des neunjährigen Lehrganges der höheren Schulen ergab sich Übereinstimmung dahin, dass eine Verlängerung der Schulpflicht nur in Frage kommen könne, wenn den Gemeinden die dadurch entstehenden Kosten restlos erstattet werden. Eine Verkürzung des Volksschulunterrichts in Preussen sei notwendig.

Gegen den Entwurf eines Polizeiverwaltungsgesetzes, das u. a. die Befestigung des Polizeiverordnungsrechts für die Städte unter 10 000 Einwohner vorsieht, seien schwere Bedenken zu erheben, da eine solche Regelung anstelle der erstrebten Vereinfachung eher eine Komplizierung und Erschwerung bringen würde.

### Der Kampf gegen die Krise

Berlin, 11. Dezember.

Auf der Deutschen Welle hielt gestern Direktor Dr. S. Im Hof von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft einen Vortrag über das Thema „Kampf gegen die Krise“, in dem er zunächst den unritten Kampf zwischen Politik und Wirtschaft als Grund für die zuspitzende gegenwärtigen Lage Deutschlands kennzeichnete. Der Kampf gegen die Krise bedeute den Kampf um die Befreiung der Wirtschaft von außen- und innerpolitischer Bedrängung. In augenpolitischer Beziehung bestehe wohl heute in der Welt kein Zweifel darüber, dass das Versäulter Diktat auf den beiden tönernen Säulen der Schuldlosigkeit und der Abrüstungslüge ruhe, und dass alle auf diese beiden Fiktionen aufgebauten Konstruktionen Fiktionen seien, deren Wanken das Gebäude der internationalen Wirtschaftsverflechtung bereits auf schwerste erschüttert habe. Der Kampf gegen die Krise müsse deshalb mit aller Wucht immer wieder gegen die Schuldlosigkeit und die Abrüstungslüge geführt werden. Natürlich sei dafür Voraussetzung, dass Deutschland in ganz anderem Masse ein politisches Ganzes bilde, als das heute der Fall sei, dass also die Zerspaltung der für die letzte Entscheidung maßgebenden Faktoren endgültig beseitigt werde. Der Kampf gegen die Krise müsse, von unserer inneren Wirtschaft aus gesehen, gegen die Gefahr des Beruhungens geführt werden und um die Behauptung auf dem Weltmarkt gehen. Ein wesentliches Moment werde dabei die Lohnpolitik bilden, die unbedingt auf den Weltmarktpreis unserer Erzeugnisse Rücksicht nehmen müsse. Die Lohnkosten dürften nicht weiter 30, 40 und auch 50 Prozent vom Bruttowert der Produktion ausmachen. Seit dem Weltkrieg hätten wir der Ansicht gehuldigt, dass die Kaufkraft unseres Binnenmarktes durch die künstliche Steigerung des Lohnanteils erhöht werden könne. Die Folge dieser Auffassung trete jetzt zutage. Wollte man emporzuhören, hätten wir versucht, was emporzuhören. Dadurch seien die Auslandsraten so gestiegen worden, dass wir außer den vierzig Milliarden Reichsmark, die wir schon als Reparationen an die Entente abgeführt hätten, eine Gesamtverschuldung an das Ausland von zwanzig Milliarden mit uns schleppen müssten, die uns eine jährliche Zinslast von 1,25 Milliarden auferlege. Wir müssten erkennen, dass es jahrzehntelanger systematischer Arbeit bedürfe, um für uns die Rahrungsfreiheit zu erreichen, indem wir unsere Landwirtschaft auf sämtliche neue Methoden umstellen. Der springende Punkt in unserem Kampf gegen die Krise sei die Gestalt der Selbstkosten. Diese Selbstkosten könnten nicht durch Einmischung des Staates auf dem Wege förmlicher Schiedsprüche vermindert werden, sondern müssten vielmehr als Produkt von Angebot und Nachfrage in freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet werden. Es sei notwendig, das Steuerberaumungen, und den Mut zu haben zu bekennen, dass Deutschland sich nicht weltwirtschaftlich isolieren dürfe, sondern der Entwicklung der Weltwirtschaft sich anschließen müsse, wenn es leben wolle. — Nachdem der Redner sich noch gegen die Kapitalflucht und für die verstärkte Verwendung von Inlandsware ausgesprochen hatte, legte er zum Schluss, das erste Gebot des Kampfes gegen die Krise sei Selbstdisziplin und Unterordnung unter das Gemeinwohl.

### Das Auswärtige Amt und der Remarque-Film

Das Auswärtige Amt zu dem Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ erfahren wir das folgende: Als zum 1. Male der Berliner Filmprüfstelle der Remarque-Film zur Prüfung vorkam, wurde der Herr v. Krosigk, Amtschef, lediglich gefragt, ob aus dem Auslande Berichte vorlägen, wonach dieser Film als deutschfeindlich empfunden würde. Nur diese Frage wurde gestellt und von dem Vertreter des Auswärtigen Amtes verneint. Inzwischen haben sich aber die amtlichen Stellen im Auswärtigen Amt mit dem Film beschäftigt, um in größerem Rahmen zu untersuchen, wie die inzwischen eingetretene Entwicklung zu beurteilen sei und zu einer Beantwortung der Frage zu gelangen, ob in irgendeiner Weise dieser Film und die ganzen Folgeerscheinungen des Films das Ansehen Deutschlands im Ausland zu untergraben oder zu schädigen geeignet seien. Mit dieser Prüfung ist das Auswärtige Amt noch beschäftigt. Dementsprechend soll, wenn das Auswärtige Amt am Donnerstag bei der Nachprüfung vor der Oberprüfstelle in Berlin wiederum befragt werden sollte, ein Votum abgegeben werden, dessen Einzelheiten erklärlicherweise vorher nicht mitgeteilt werden können. Nun hat auf eine Reueherung eines Berliner Abendblattes vom Dienstag, wonach das Auswärtige Amt die weitere Zulassung des Films aus außenpolitischen Gründen befürwortet haben soll, das Wolffsche Telegraphen-Büro eine Notiz gebracht, dass das Auswärtige Amt einen durchaus entgegen-

gelegten Standpunkt einnehmen werde. Dazu wird von demselben Blatt erklärt, dass diese Notiz keinen amtlichen Charakter habe, sondern auf Unterhaltungen beruhe. Die gegenseitigen Beziehungen sind aber nicht als amtliche angesehen werden dürfen, so dass die Wolffsche Notiz kein amtliches Kommuniqué darstelle. Die Notiz heißt nur so, dass das Auswärtige Amt nicht die ihm von dem genannten Abendblatt zugeschriebene Stellung einnehme. Die Notiz und Wolff, wie das Auswärtige Amt in die Angelegenheit hineingezogen ist, wird in diesem, teils in jenem Sinne, entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Zulassung liegt allein bei der Oberprüfstelle. Die Filmprüfstellen sind grundsätzlich gegen die Zulassung des Films und das Auswärtige Amt kann nicht in das laufende Verfahren einschreiten. Auch das Reichsministerium hat mit der Sache nichts zu tun, wenn auch die einzelnen Minister gelegentlich zusammen kommen, um den Film anzusehen. Es bleibt auch der Oberprüfstelle vollkommen überlassen, ob sie Sachverständige aus den Reichsressorts hören will.

### Schieles Agrarpläne vorläufig gelassen?

Berlin. Nach der parlamentarischen Lage im Reichstag hat es sich, wie die Telegrammen-Union von unterrichteter Seite erklärt, als unumgänglich herausgestellt, die in den letzten Tagen im Reichskabinett behandelten weiteren landwirtschaftlichen Maßnahmen nach Wahrung des ausserordentlichen Stimmenschnittes des Reichstages im Wege der Zustimmungsgesetzgebung zur Durchführung zu bringen. Dementsprechend dürfte sich die Reichsregierung nach Vertagung des Reichstages mit der Frage befassen, auf welchem Wege namentlich die von dem Reichsministerpräsidenten vorgelegenen Maßnahmen zu der vorgezeichneten beschleunigten Durchführung gebracht werden können.

### Zentrum und Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat eine Interpellation eingebracht, in der an einen früheren Reichstagsbeschluss erinnert wird, der die wirtschaftlichen Betriebe des Reichs und der ihm unterstehenden öffentlichen rechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen öffentlichen Versorgungsbetriebe auf den unerlässlichen Mindestmaß beschränken sollte. Es wird gefragt, was in Verfolg dieses Beschlusses bisher geschehen ist und was die Reichsregierung in dessen Durchführung weiter zu unternehmen gedenkt.

Ferner legt das Zentrum eine Reihe von Entwürfen vor, wonach die Reichsregierung Gegenstände vorlegen soll zur Schaffung der in der Weimarer Verfassung vorgesehenen öffentlich-rechtlichen Organe der Wirtschaft, die den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigten Mitwirkung an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch eine geordnete Vertretung gewährleisten, desgleichen ein Berufsausbildungsgesetz, Gegenstände für die Neuregelung des Tarifvertragsrechts und das allgemeine Arbeitsvertragsrecht, und Gegenstände, durch die in der Sozialversicherung die Selbstverwaltung weiter ausgebaut und die Verwaltung einfacher und billiger gestaltet wird. Schließlich sollen Maßnahmen getroffen werden zur Sicherung der benachteiligten Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, sowie zum Schutz der älteren Arbeiter und Angestellten vor rassistischer Entlassung.

### Die Aufzuchtungsarbeiten in Nisdorf

Nisdorf, 11. Dezember.

Bei den Aufzuchtungsarbeiten im unterirdischen Betrieb der Grube „Anna 2“ konnte wiederum eine Leiche freigelegt werden.

## Auf den Weihnachtsisch!

### „Unsere Heimat“

Blätter zur Pflege der Heimatliebe, der Heimatforschung u. des Heimatschutzes. Elegant gebunden

1. Jahrgang 1928 Mk. 6.—

2. Jahrgang 1929 Mk. 7.50

Die Abonnenten des „Wiener Tageblatt“ erhalten gegen Vorlegung der Dezember-Quittung das Buch zu einem Vorzugspreis von Mk. 5.— resp. Mk. 6.50.

Nur zu haben im

Rieser Tageblatt, Riesa, Goethestr. 59

### Vorbauische Neuerung

### der gewerbmäßigen Stellenvermittlung.

Berlin. Der Sozialistische Ausschuss des Reichstages nahm einen Beschlusstext über eine vorbereitende Neuerung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung an. Danach dürfen gewerbmäßige Stellenvermittler, die nach den gesetzlichen Bestimmungen einen Anruf auf Entschädigung haben, ihren Betrieb bis zum 31. März 1931 fortführen, soweit er sich nicht auf die Vermittlung von Friseur-, Schönheits- und Kosmetik- und Musik- und Theaterarbeiten, sowie auf die Vermittlung von Stellen für Friseur-, Schönheits- und Kosmetik- und Musik- und Theaterarbeiten bezieht. Die Neuerung der Entschädigung bleibt vorbehalten. Gewerbmäßige Stellenvermittler, deren Tätigkeit sich lediglich auf die Vermittlung von Instrumental- und Vokal-Konzerten, Gelang- und anderen Vorträgen erstreckt, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet (Konzertagenten), dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen, und zwar auch dann, wenn sie keinen Anspruch auf Entschädigung haben. — Zu dem Beschlusstext wurde eine Entschliessung angenommen, wonach die Entschädigung möglichst schnell erfolgen soll und dürfen, insbesondere bei denjenigen vermieden werden sollen, die schon am 31. Dezember ihren Geschäftsbetrieb aufgeben müssen.

### Kritik an der Staatsgebarung

### des Auswärtigen Amtes.

Berlin. Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Sonderfonds des Auswärtigen Amtes bezüglich der Umnutzungskosten.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte, dass die Gebäude für die Missionen des Reichs nicht möbliert seien und dass infolgedessen jeder neuernannte oder versetzte Konsul, Legation, Konsul usw. gezwungen sei, mit seinen eigenen Möbeln die Gebäude auszustatten. Die Umnutzungskosten würden sich wesentlich herabmindern lassen, sobald das Reich daran ginge, die Missionsgebäude mit reichs-eigenen Möbeln auszustatten.

In der Aussprache wurde allgemein die Staatswirtschaft des Auswärtigen Amtes kritisiert und dem Auswärtigen Amt das richtige Verständnis für finanzielle Bilanzen abgefordert. Es wurde auch der Wunsch laut, festzustellen, welche Bräute für die bisherigen Staatsbesprechungen haltbar zu machen seien.

Wegen der Wichtigkeit all dieser Fragen beschloss der Ausschuss, über diese Angelegenheit am Freitag im Beisein des Reichsaussenministers weiter zu verhandeln.

### Wieder bedeutende Anträge im Reichstag

Berlin. Die Sozialdemokraten fordern in einem Antrag im Reichstag eine Änderung der Vorschriften des BGB. über die Eheverbindung, dass ein Ehegatte auch auf Scheidung klagen könne, wenn eine tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten sei. Wenn die Ehegatten seit mindestens drei Jahren getrennt leben, soll die Scheidung auf Antrag auszusprechen werden. Weiter wird u. a. die Möglichkeit der Scheidung auch schon beim Vorliegen krankhafter Selbstschuld des einen Ehegatten verlangt. — Das Zentrum wünscht eine Novelle des Mineralwasserneueungsgesetzes, die natürliche, sowie gefälschte Fruchtäfte und Getränke, die überwiegend aus Milch bestehen, von der Steuer befreien sollen. Weiter wünscht es eine Änderung des Umsatzsteuer-gesetzes zugunsten der Milchprodukte.

### Änderung des Reichspostfinanz-Gesetzes angenommen.

Berlin. Im Haushalts-Ausschuss des Reichstages wurde der Beschlusstext über die dritte Änderung des Reichspostfinanz-Gesetzes angenommen.

Reichspostminister Dr. Schäfer führte zur Begründung dann aus, dass nach dem geltenden Wortlaut des Reichspostfinanz-Gesetzes die Ueberfälle der Deutschen Reichspost unverändert in die Reichskasse fließen, dass aber mit Rücksicht auf eine planmäßige Wirtschaftsführung die Notwendigkeit bestehe, die Höhe des Ueberflusses im Voraus zu veranschlagen. Deshalb bestimmte der Beschlusstext, dass die Reichspost je nach der Höhe ihrer jährlichen Betriebseinnahmen Ablieferungen an das Reich zu leisten habe; zur Deckung von Selbstträgen solle jedoch eine Rücklage von 100 Millionen RM. gebildet werden.

### Sind weltliche Schulen verfassungsmäßig?

Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag beantragt, die Reichsregierung möge durch den Reichsinnenminister die in den letzten Jahren zur Begründung weltlicher Schulen vom Preussischen Kultusministerium durchgeführten Maßnahmen dem Staatsgerichtshof zur Nachprüfung auf ihre Verfassungsmäßigkeit unterbreiten und zwar auch dann, wenn etwa gleichzeitig von anderer Seite die Maßnahmen vor dem Staatsgerichtshof ebenfalls angefochten werden. Insbesondere handele es sich um die Verfügung vom Juni 1928 und die Anforderung der Mittel einer konfessionslos nicht gebundenen Akademie in Berlin, die der Gewinnung eines öffentlichen Lehrnachwuchses dienen solle.

Ein anderer deutschnationaler Antrag erucht die Reichsregierung, die für den 1. Oktober d. J. bereits verfallene 10-prozentige Kürzung des Bedarfsaufschusses für die Witwen der gefallenen Reserveoffiziere sofort rückgängig zu machen.

### Schwere Verletzungen

### bei der Breslauer Ortskrankenkasse.

Das Reich um 200 000 Mark geschädigt.

Breslau. In der Verwaltung der Breslauer allgemeinen Ortskrankenkasse sind schwere Verletzungen aufgedeckt worden, die jahrelang zurücklagen und dem Reich einen Schaden von schätzungsweise 200 000 Mark gebracht haben. Es handelt sich, wie die „Breslauer Zeitung“ meldet, um Mehr-Berechnungen, die zwei Abteilungsleiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Barick und Wiersa, dem Hauptverwaltungsamt gegenüber gemacht haben, durch die dem Versicherungsamt eine Mehrbelastung von etwa 40 000 Mark jährlich und von insgesamt 200 000 Mark in den letzten 5 Jahren erwachsen. Dem Verwaltungsdirektor Kirschhoff und dem Oberschatzmeister Wiersa wird vorgeworfen, dass sie es an der nötigen Sorgfalt haben fehlen lassen. Der Vorstand der Krankenkasse hat gegen alle genannten Beamten ein dienliches Verfahren eröffnet und Strafmaßnahmen beantragt.

## Der Schiedspruch im Bankgewerbe.

Berlin. (Funkdruck.) In dem Tarifstreit der Bankangestellten hat die vom Sonderausschuss gebildete Schlichterkommission am 10. Dezember 1930 folgenden Schiedspruch gefällt:

Der zum 31. Dezember 1930 ablaufende Reichsarbeitsvertrag wird mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab mit folgenden Änderungen verlängert:

1. Die Mindest-Monatsbeholdungen aller derjenigen Angestellten und Arbeiter (A und B), bei denen Aufzählungen nach Geburts-, Berufs- oder Dienstjahren für den 1. Januar 1931 vorgegeben sind, erfahren während der Dauer dieses Tarifvertrages die vorgegebene Aufzählung in die nächste Gehaltsstufe nicht.

Die Gehälter der Angestellten und Arbeiter (A und B) und der im § 22, Abs. 8 genannten Ausnahmefälle werden um 5 Prozent erhöht.

Die sozialen Zulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.

2. An Stelle von § 22, Abs. 1, Satz 2 tritt folgende Bestimmung:

In der Regel soll der Urlaub zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober liegen. Wird der Urlaub aus Verlangen des Arbeitgebers im vollen Umfang außerhalb dieser Zeit genommen, so erhöht er sich um 3 Tage.

3. Dieser Reichsarbeitsvertrag und die Gehaltsregelung treten mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab in Kraft, und laufen bis zum 31. Dezember 1931.

Die Erklärungsfrist über Ausnahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches läuft bis zum 18. Dezember 1930, mittags 12 Uhr ab.

Der Schlichter empfiehlt, innerhalb 8 Monaten miteinander über § 22 Abs. 7 des Tarifvertrages in Verhandlungen einzutreten.

Der Schlichter empfiehlt dem Reichsbund der Bankleitungen, auf seine Mitglieder dahin einzuwirken, daß bei Angestellten, deren Gehalt im Laufe des letzten Jahres durch Umgruppierung gekürzt worden ist, bei den Kürzungen der Gehälter weitgehende Rücksicht genommen wird.

Der Schiedspruch wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber angenommen, sämtliche Arbeitnehmervertreter lehnten ihn ab.

## Politische Tagesübersicht.

Berufung gegen das Urteil gegen Dr. Fabricius. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil des Schlichtergerichts gegen den Regierungsrat a. D. Dr. Fabricius Berufung eingelegt.

Neuer Beschluß der belgischen Sozialisten gegen die Rüstungskredite. Der Generalkonvent der belgischen Arbeiterpartei hat entsprechend dem vor einem Monat veröffentlichten Beschluß des Parteitagess sich mit der Frage der Militärausgaben beschäftigt und einstimmig eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die vom Kabinett Jaspar geplanten neuen Militärausgaben in offenem Widerspruch zu den internationalen Abrüstungsverpflichtungen Belgiens stehen. Die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren werden beantragen, jede Vorlage zur Vermehrung der Militärausgaben abzulehnen.

Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion protestiert in einer Interpellation gegen das preußische Verbot der Zugehörigkeit der Beamten zur nationalsozialistischen Partei. Die Reichsregierung wird gefragt, weshalb sie nicht sofort die preußische Regierung zur Aufhebung des Verbots veranlaßt und das Verbot auf Grund der Reichsverfassung für ungültig erklärt habe, ob sie schließlich bereit sei, entsprechende Schritte jetzt zu unternehmen.

Sozialdemokraten verlangen Kartell- und Monopolgezetz. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Kartell- und Monopolgezesses als Initiativantrag eingebracht. In dem Gesetz wird die Reichsaufsicht über Kartelle, monopolistische Konzerne und monopolistische Einzelunternehmungen festgelegt. Zweck der Reichsaufsicht soll sein, Schädigungen der sozialen und gesamtwirtschaftlichen Interessen sowie des Gemeinwohls zu verhindern und Zusammenstöße und Vereinbarungen im sozialen Interesse, im Interesse der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls zu fördern. — Derselben legt die sozialdemokratische Fraktion den Entwurf eines Wohnheimmängelgesetzes vor.

Rationalsozialist Guth am 20. Dezember vor Gericht. Das Verfahren gegen den nationalsozialistischen Landwirt Guth wegen Landfriedensbruchs, Verletzung einer falschen Legitimation und Führung eines falschen Namens, wird bereits am 20. Dezember in Berlin durchgeführt werden. Es handelt sich dabei um jenen Zwischenfall bei der Eröffnung des neuen Reichstages, an dem auch der braunschweigische nationalsozialistische Minister Franzen beteiligt ist, der vermutlich am gleichen Tage in Braunschweig das Berufungsverfahren in seiner Verteidigung wegen desselben Vorfalls haben wird.

Verteilung der Etats-Minister. Nach einem Beschluß des Haushalts-Ausschusses des Reichstages wurden für die Etatsberatung 1931 die Minister neu verteilt. Das Referat für das auswärtige Amt erhielt die Deutsche Volkspartei; für das Reichsministerium des Innern das Zentrum; für das Reichsarbeitsministerium und das Reichswehrministerium die Sozialdemokratie; für das Reichsfinanzministerium und das Reichsfinanzministerium die Nationalsozialisten; für das Reichsverkehrsministerium die Deutschnationalen; für die allgemeine Finanzverwaltung die Kommunisten.

Abberufung Grzesinski verlangt. Die Deutschnationalen verlangen in einem Antrag an Preussische Landtag die sofortige Abberufung des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski. Ihre Begründung besteht darin, daß die Zusammenstöße anlässlich der Verhaftung des Films „Im Westen nichts Neues“, Anlaß der Störung durch Verbot des Films zu beseitigen, hat der Polizeipräsident ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel erlassen. Diese Maßnahme sei ein Zeichen dafür, daß dem Polizeipräsidenten jedes Verständnis für das moralische Recht des Volkes fehle, sich gegen Verunglimpfungen von Seiten des Auslandes zu wehren.

Kapitale Umgestaltung der Geschäftsordnung des Sejm's. Der Regierungsbund hat in der gestrigen Sitzung einen dringlichen Antrag eingebracht, durch den die Rechte der kleinen Parteien geschnitten, die der großen gefährdet und die Macht des Sejm'marschalls erweitert werden soll. Eine Interpellation soll jetzt nur eingebracht werden können, wenn sie 50 Unterschriften trägt. Weiter soll der Sejm'marschall das Recht erhalten, auf der Interpellation alle jene Ausdrücke streichen zu lassen, die dem Ansehen des Sejm nicht entsprechen. — Der sozialistische „Robotnik“ erklärt, daß der Sejm in einer Körperlichkeit umgestaltet werden sollte, die nur das Recht habe, den Regierungshandlungen beizupflichten. Der Verzicht des Geschäftsbundesausschusses auf diesen Antrag soll bereits am kommenden Dienstag beraten werden.

## Vortrag Dr. Schacht in Kopenhagen.

Kopenhagen. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt gestern Abend auf Einladung der Gesellschaft von 1918 für deutsch-dänischen Kulturkontakt einen Vortrag über „Die deutsche Wirtschaft und ihre Beziehungen zum Auslande“, zu dem sich ein sehr zahlreiches Publikum versammelt hatte. Unter den etwa 1000 Anwesenden befanden sich der dänische Ministerpräsident Stauning, Finanzminister Gramsnaes, mehrere frühere Minister und hervorragende Politiker, der schwedische, norwegische und der sowjetrussische Gesandte, die Direktoren der Nationalbank und der anderen Großbanken, die Spitzen des dänischen Wirtschaftslebens, der Rektor der Universität, Professor für Nationalökonomie Dr. Birch, und andere Vertreter der Wissenschaft, sowie der deutsche Gesandte Freiherr von Riedeborn und Gemahlin mit den Damen und Herren der Gesandtschaft.

Nachdem der Vorsitzende der Gesellschaft, Professor Carl Hansen, den deutschen Gast mit herzlichen Worten begrüßt hatte, ergriff Dr. Schacht das Wort und leitete damit ein, daß er seiner Freude Ausdruck gab, in Dänemark sprechen zu können, weil die beiden Nachbarländer Deutschland und Dänemark in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen so eng aufeinander angewiesen seien. In dänischer Sprache wies er auf seine engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Dänemark hin und behandelte dann wiederum in deutscher Sprache das Thema seines Vortrages „Die deutsche Wirtschaft und ihre Beziehungen zum Auslande“. In mehr als einstündigen Ausführungen legte er dar, daß die Auswirkungen des Krieges und die Reparationspolitik der Alliierten eine allgemeine Weltdepression herbeiführen müßten. Deutschland sei materiell arm, es sei aber reich an Geist, Mut und Kraft. Er schloß mit der Forderung, daß dem arbeitenden Deutschen bessere Bedingungen gegeben werden sollen.

Die Anwesenden dankten dem Redner durch langanhaltenden Beifall für die Ausführungen. Am Ende des Vortrages schloß sich ein Souper, an dem über 100 Personen teilnahmen. Heute mittags fand Dr. Schacht und der deutsche Gesandte beim Prinzenpaar Erik von Dänemark zum Frühstück geladen.

## Anzeigen

Nur die  
**Sonntags-Ausgabe**  
des  
**Rieser Tagesblattes**  
mit Anknüpfungen für Sonntag oder Montag  
müsse man sofort abgeben lassen.  
Anzeigenannahme und unentgeltliche Hilfe bei  
Anfertigung von Anzeigen täglich von früh  
8 Uhr ab  
**Geschäftsstelle**  
des **Rieser Tagesblattes**  
Formal Nr. 20.

## Konflikt im Reichsausschuss.

Berlin. (Funkdruck.) In der heutigen Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen den Nationalsozialisten und den übrigen Parteien. Der Zentrumsbund Wegmann erklärte vor Eintritt in die Beratung, die schweren Beleidigungen, die der nat.-soz. Abg. Dr. Frank II in der gestrigen Reichstags-sitzung gegen das Zentrum gerichtet habe, machten es notwendig, daß die Zentrumsfraktion erst einmal dazu Stellung nehme, ob Zentrumsbundangehörigen zugeworfen werden könne, unter dem Vorbehalt dieses Abg. Dr. Frank im Reichsausschuss zu tagen. Um der heutigen Sitzung eine sachliche Arbeit zu ermöglichen, regte er an, daß Dr. Frank die Verhandlungsführung bis zur Entschcheidung des Zentrums an den 2. Vorsitzenden des Ausschusses abgibt. — Der Vorsitzende Abg. Dr. Frank II verzweigte sich dagegen und erklärte, eine persönliche Beleidigung der anwesenden Mitglieder des Zentrums habe ihm fern gelegen; er habe aber die ganze Kampfesweise des Zentrums gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Auge gehabt, die seine Wortworte bearbeitet erscheinen lasse. Die nat.-soz. Mitglieder des Ausschusses widersprachen der Forderung des Abg. Wegmann. Nachdem dann zunächst ein Antrag der Deutschnationalen, die Angelegenheit zurückzustellen und ihre Erledigung den Fraktionen zu überlassen, die sachlichen Beratungen nicht unnötig aufzuhalten, abgelehnt war, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Bayerischen Volkspartei ein Antrag des Zentrums auf Vertagung angenommen. — Der Ausschuss soll am Freitag wieder zusammenzutreten. — Der Abg. Dr. Frank II hatte gestern ausgeführt, daß Zentrum mißbrauche den Katholizismus zu Parteizwecken.

## Die Zusammenfassung der Filmoberprüfstelle.

Berlin. Die Oberprüfstelle, die über das Weiterleben der Verbot des Marquisfilm „Im Westen nichts Neues“ zu entscheiden hat, ist wie verlautet, wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender Ministerialrat Seger vom Reichsinnenministerium, der in dieser Funktion richterliche Unabhängigkeit besitzt; Beisitzer werden sein Prof. Reinhardt, eine Tochter des General Reinhardt, Paul Bauer, Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, außerdem ein Vorsitzender aus der Filmindustrie und ein sozialistischer Professor der Zoologie.

## Die Zusammenfassung auf der Neperbahn.

Ein Foto.  
Kampburg. In den Vorgängen auf der Neperbahn meldet der Polizeibericht: Gestern nachmittag bildeten sich Ansammlungen in St. Bauli. Einschreitende Polizeibranten wurden mit Steinwürfen empfangen und machten deshalb von ihren Schusswaffen Gebrauch. In der Neperbahn erfolgten weitere Angriffe auf die Polizei, die darauf bedrängt wurde, daß sie mehrere Schüsse abgeben mußte. Die Menge stob auseinander. Ein 16-jähriger Bader erlitt eine schwere Kopfverletzung und wurde bei der Einlieferung ins Krankenhaus. Ein weiterer Demonstrationsteilnehmer soll verletzt sein, doch konnten diesbezügliche Feststellungen noch nicht getroffen werden.

Kampburg. Nach den Demonstrationen in St. Bauli am frühen Nachmittag ist der Abend in Kampburg ruhig verlaufen. Wo sich keine Ansammlungen zu bilden versuchten, konnte die Polizei mühelos die Demonstrationen sofort vertreiben. — In Wilmsa fand abends eine Erwerbslosenkundgebung statt. Am dem Umgang beteiligten sich einige hundert Personen. Politische Rednerrede wurde gehalten, wobei die Aufrechterhaltung der Ordnung, womit alle Gerichte, daß die Polizei nicht Herr der Lage sei, ausgesprochen wurde.

## Die Landtagsauschüsse.

Dresden. Von den Landtagsauschüssen, die sich bekanntlich nach den Vorbereitungen des Landtags für den neuen Tagungsabschnitt 1930/31 konstituiert haben, wird der Gesundheitsausschuss A von dem Abgeordneten Reichmann (Soz.) geleitet. Vorsitzender der Ausschüsse ist Dr. Weber (N.-V.), 1. Schriftführer Abg. Fischer (Nat.-Soz.). Ferner gehören dem Ausschuss noch 18 Abgeordnete an.

Vorsitzender des Gesundheitsausschusses B ist Abgeordneter Dohde (Nat.-Soz.), stellvertretender Vorsitzender Dr. Garde (Dnal.), 1. Schriftführer Abg. Gerlach (Soz.). Auch dieser Ausschuss hat noch 18 weitere Mitglieder.

Dem Reichsausschuss gehören an: Dr. Sanger (DVP.) als Vorsitzender, Abg. Reu (Soz.) als stellvertretender Vorsitzender, Abg. Götter (Soz.) als 1. Schriftführer und 18 weitere Mitglieder.

Der Prüfungsausschuss hat insgesamt 17 Mitglieder. Vorsitzender ist Abg. Schellke (Dnalm.), stellvertretender Vorsitzender Abg. Guhn (DVP.).

Im Reichsausschuss praktischer Landtagspräsident Wedel, Landtagspräsident D. Schmidt (DVP.) und 2. Vizepräsident Kung (Nat.-Soz.). Der Ausschuss hat insgesamt 22 Mitglieder.

Im Untersuchungsausschuss führt Abg. Abel (Soz.) den Vorsitz. Der Ausschuss besteht aus 17 Abgeordneten.

## Reichsinnenminister und Remarque-Film.

Berlin. (Funkdruck.) Die in einzelnen Blättern wiedererlebte Meldung, daß Reichsinnenminister Dr. Brüning ein Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ abgelehnt hat, ist, wie wir von unrichtigster Seite erfahren, unzutreffend. Der Reichsinnenminister hat nach der Nachschlage überhaupt keine Möglichkeit, in die Praxis der Filmoberprüfstelle einzugreifen, die unabhängig mit richterlicher Behörde ausgestattet ist. Ein Verbot des Verbot wegen Störung der Ruhe und Ordnung steht nur den Polizeibehörden zu.

## Berücksichtigung des Maismonopols.

Berlin. (Funkdruck.) Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages gab heute Donnerstag seine Zustimmung zu einer Verordnung, die das Maisgesetz in einigen Punkten verschärft. Das Maisgesetz unterteilt nur das Inverlehrsbringen von Mais ins Inland der Monopolpflicht. Deshalb will die Verordnung ausdrücklich feststellen, daß auch derjenige, der Mais einführt und im eigenen Betriebe irgendwie verbraucht, monopolpflichtig ist. Schließlich werden die Bestimmungen des Maisgesetzes durch eine Strafvorschrift ergänzt. Dadurch soll der Reichsausschuss die Möglichkeit gegeben werden, eine Kontrolle darüber zu erzwingen, ob eingeführter Mais tatsächlich nur einelagert oder trotz gegenteiliger Versicherung in den Verkehr gebracht worden ist.

## Die deutschen Tributzahlungen an England.

London. Aus einer Mitteilung Snowden am Unterhaus geht hervor, daß das englische Weltreich bis zum 31. August 1930 380 800 000 Mark an deutschen Tributzahlungen erhalten hat. Hiervon wurden direkt von Deutschland gezahlt 154 200 000 Mark, durch Ueberweisung 83 200 000 Mark, durch Besatzungsarmee 1 400 000 Mark, insgesamt 238 800 000 Mark. Aus dem Wege über Frankreich, Italien und Belgien sind gemäß Haager Abkommen zur Verbilligung des englischen Anteils an den deutschen Tributen eingegangen: durch die Justizleistungen der Abkommen 98 800 000 Mark, aus den Haager Friedenszahlungen 42 200 000 Mark, insgesamt 141 000 000 Mark. Aus der Gesamtsumme erhebt England 387 600 000 Mark, das übrige englische Weltreich 43 200 000 Mark.

## Schub im dänischen Parlament.

Kopenhagen. Im Folketing kam es in der gestrigen Sitzung gegen 4 Uhr zu einem heftigen Konflikt Sozialminister Steins, der seine Vorlage über Sozialreform bearbeitete, wurde plötzlich durch Herrn von der Justizminister unterbrochen. Einer der Zuhörer erhob sich und begann zu sprechen. Nach den Worten „Im Namen der Arbeitslosen will ich...“ wurde er von Kriminalbeamten und Parlamentariern ergriffen. In demselben Augenblick gab ein in seiner Begleitung befindlicher anderer Zuhörer einen Revolvererschuss ab, der jedoch niemandem traf. Es wurden insgesamt vier Verhaftungen vorgenommen und die Festgenommenen dem Polizeipräsidenten zugewiesen. Der Sozialminister erklärte: „Wir wollen und nicht am das Geschehene kümmern, sondern unsere Verhandlungen weiterführen.“ Er setzte darauf seine Ausführungen fort.

Wie zu dem Vorfall nachträglich mitgeteilt wird, wurde die Ansprache von einem bekannten Kommunisten namens Gelsen gehalten. Der Revolvererschuss wurde von einem gleichfalls in kommunistischen Kreisen bekannten Charles Riessen abgegeben. Die Regel traf die Rede der Lage, prallte daran ab und wurde später platt gedrückt auf dem Fußboden gefunden.

Kopenhagen. (Funkdruck.) Der Revolvererschuss im Folketing Riessen, der während des Verhörs in eine Falle trat, erklärte, er habe nicht die Absicht gehabt, irgend jemand zu erschlagen. In dem ihm abgenommenen Revolver saßen noch fünf kurze Patronen.

## Arbeitslosendemonstration in Düsseldorf.

167 Verhaftete  
Düsseldorf, 11. Dezember  
Bei einer Erwerbslosendemonstration wurden gestern Abend 165 Personen festgenommen, da sie den Anordnungen der Polizei nicht Folge leisteten. Ferner mußten zwei Personen verhaftet werden, weil sie eine Schaufensterscheibe einschlugen. Die Taktik der Demonstranten bestand diesmal darin, sich unter die Passanten in den belebten Straßen zu mischen, um so unauffälligerweise demonstrieren zu können. Nur durch rechtzeitiges Einschreiten starker Polizeikräfte konnten Ausbreitungen verhindert werden.

## Arbeitsaufnahme in der Bielefelder Metallindustrie.

Bielefeld. (Funkdruck.) Die Arbeiten in den Betrieben der Bielefelder Metallindustrie wurden heute früh überall aufgenommen. Die Betriebsleitungen verhandeln zur Zeit mit den Arbeiterräten über die Frage, in welchem Umfang die Betagungen wieder eingestellt werden können. Der volle Betrieb kann heute noch nicht überall durchgeführt werden, da zum Teil noch größere Vorräte (Anlagen usw.) zu erledigen sind. Man hofft, daß die Wiedereingliederung der Betriebe und die Wiedereingliederung der Arbeit sich glatt vollzieht.

# Der Remarque-Film verboten.

## Der Remarque-Film von der Reichsregierung zurückgezogen.

Berlin. (Funkdruck.) In Berlin ist es bekannt, dass der Vertreter der Universal-Film-Gesellschaft m. B. H. mit der Reichsregierung den Remarque-Film zurückgezogen hat. Der Film ist als unzulässig zurückgezogen.

## Der Remarque-Film hat der Filmoberprüfungsstelle.

Berlin. (Funkdruck.) Der Filmoberprüfungsstelle begann heute vormittag 10 Uhr im Reichsministerium die Prüfung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ mit einer Besprechung des in Deutschland geschlossenen Filmes.

Nach der Besprechung des Filmes wird der Verstoß der Oberprüfungsstelle zunächst daraufhin, dass die Verhaftungen von der Haltung auszugehen hätten, in der der Film dargestellt ist, so dass er den beiden Sachverständigen das Wort.

Als erster äußerte sich der Vertreter des Reichswehrministeriums, der, erinnernd an das feinerzeitige abgelehnte Gutachten seines Ministeriums, betonte, dass auf dem Gebiet des Filmes der Docarum-Gesetz sich noch nicht durchsetzen könne. Die offenen Verleumdungen seien allerdings im Laufe der letzten Jahre verschwunden. Da die Stelle solcher Filme nicht mehr anders gesehen, in denen der Deutsche vorangestellt und als lächerlich hingestellt werde.

## Die heutige Reichstags-Sitzung.

Berlin. (Funkdruck.) Präsident Ebert eröffnete heute 10 Uhr die Reichstags-Sitzung.

Ein kommunistischer Abgeordneter verlangt die sofortige Beratung eines Antrages auf Aufhebung des Verbotens Demonstrationen. Als er dieses Verlangen begründet, verlassen die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Mitglieder der Landvolkpartei den Saal. Sie lassen nur je einen „Dorfboden“ zurück.

Der Beratung des kommunistischen Antrages wird von rechts widersprochen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Entwurfes zur vorübergehenden Regelung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung.

Als der Präsident diesen Gegenstand aufruft, rufen die Kommunisten den wieder in den Saal zurückkehrenden Nationalsozialisten zu: „Möchte der Reichstag Ebert sprich, rausgehen!“ (Heiterkeit).

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Entwurfes der Regierungsparteien, wonach die Kongressparteien ihren Betrieb bis auf weiteres fortzuführen können. In einer Ausschuss-Sitzung wird verlangt, daß für die gewerkschaftlichen Stellenvermittlung Schritte unternommen werden.

Abg. Jaeger-Göls (DnL) beantragt, daß die Entscheidung bis spätestens 21. März 1931 gestellt werden muß.

Die Abstimmung wird vom Präsidenten Ebert zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung über den Gesetzentwurf betr.

## Adenauerschlus am Heiligabend.

Nach dem Ausschussbeschlusse dürfen offene Verkaufsstellen am 24. Dezember nur bis 17 Uhr geöffnet sein und Angehörige zur Bedienung der beim Adenauerschlus schon anwesenden Kunden und zu sonstigen Arbeiten bis zu einer halben Stunde beschäftigt werden. Geschäfte dürfen am 24. Dezember nur bis 10 Uhr geöffnet sein. Für die Verpflegung und Bekleidung von Dienstenden können Ausnahmestimmungen erlassen werden.

Nach über diese Vorlage wird die Abstimmung zurückgestellt.

## Saushaltsauschuss des Reichstages.

Berlin. (Funkdruck.) Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde die Frage des Beamtennachwuchses bei der Deutschen Reichspost behandelt. Staatssekretär Dr. Sauter gab Auskunft über die für das Rechnungsjahr 1930 erforderlichen Neueinstellungen von Beamten und Personen im Vorbereitungsdienst. Der Ausschuss nahm hiervon Kenntnis und billigte die Maßnahmen.

## Die Antwort Dr. Births an den thüringischen Innenminister.

Berlin. (Funkdruck.) Auf den Antrag der thüringischen Regierung, die Reichsanstalt in Bonn wegen militärischer Übungen auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verbieten, hat Reichsinnenminister Dr. Birth nunmehr dem thüringischen Staatsministerium geantwortet.

Dr. Birth weist in seiner Antwort daraufhin, daß nach dem Bericht des Vollziehungsamtes vom 6. Juni 1931 die Nationalsozialisten in Uniform, mit Keulenschild, Schwärzen und Protokoll ausmarchiert waren, auf dem ehemaligen Exerzierplatz des 1. Bataillons Infanterieregiments 26 auf dem Kraußberg Gemeinde Trülpfen Bewegungsbewegungen in Abteilungen durchgeführt und dann noch einen Appell abgehalten hatten. Jetzt werde berichtet, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold entsprechende Anweisungen hätte. Das thüringische Staatsministerium habe damals den Standpunkt eingenommen, daß ein solcher, in Verbindung vorgenommener Kundmachung und die damit verbundenen Bewegungsbewegungen, Appelle usw. keinen Anstoß zum Einschreiten auf Grund des Versailler Vertrages hätten. Nach dem bisher vorliegenden Bericht müßte es den vorliegenden Fall als völlig gleichgültig ansehen.

Bevor er in der Sache eine Entscheidung trifft, ersucht er daher zunächst um Angabe, ob und welche weiteren Tatsachen dafür vorliegen, daß es sich um ein Verstoß gegen den Vertrag handelt. Schließlich ersucht er um Überlegung der mit dem Vorliegen verbundenen Originalverträge, sowie um Angabe derjenigen Personen, die den vorliegenden Bericht auf Grund eigener Wahrnehmung erstattet hätten und bereit seien, diese Angaben nötigenfalls auch persönlich zu bestätigen.

In der Antwort des Reichsinnenministers heißt es zum Schluß: „Ich kann nicht umhin, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß es sich für angelehnt abstellen hat, bevor ich in der Sache eine Entscheidung treffen konnte, die vorliegende Angelegenheit wegen Nichterfüllung des Versailler Vertrages der Öffentlichkeit und damit zugleich der Kenntnisnahme der ehemaligen Verbündeten zu unterbreiten. Ein derartiges Verhalten ist bisher von keinem deutschen Minister geübt worden.“

Die heutigen authentischen Filme seien so zutreffend hergestellt, daß sie nur auf schärfste vorzuziehbar seien. Bei dem Film „Im Westen nichts Neues“ läßt sich zum Ausdruck, daß die der Soldat Katynski eine ausgesprochene Verbesservorgang. Als Träger der Tradition des alten Soldaten erweise sich das Reichswehrministerium gegen diese Filme. Diese läßt sich mit Ueberempfindlichkeit zu tun. Der Sachverständige erwiderte in diesem Zusammenhang die zusammenfassenden Urteile englischer Kinder gegenüber deutschen Filmen, aus denen hervorgeht, daß einseitig der feindliche deutsche Soldat als brutal und grausam dargestellt worden sei, während man den englischen Soldaten als tapfer anerkannte. Daraus würde die Absicht der Jugend gewiss. Außerdem werde von den Vertretern des Films nicht bestritten, daß der Film in Deutschland in einer anderen Fassung als im Ausland erscheine, daß für Deutschland also alle angelegenen Stellen entfernt worden seien.

Berlin. (Funkdruck.) Nach halbstündiger Beratung verständigte der Vorsitzende der Filmoberprüfungsstelle das Urteil, wonach der Film wegen Gefährdung des deutschen Ansehens verboten sei. In seiner Begründung nahm er lediglich zu diesem Punkte Stellung und betonte, daß das Urteil nicht unter dem Eindruck der Strafe gefallen sei. Auch habe sich das Gericht nicht von den Ausführungen Dr. Frankfurters beeinflussen lassen, in denen es hieß, daß die amerikanische Industrie sich nach einem Verbot dieses Filmes evtl. aus Deutschland zurückziehen könnte.

## Nach Laual verzichtet

Paris, 11. Dezember.

Die die Agentur Havas berichtet, hat Senator Laual in den Abendstunden des Mittwoch ebenfalls auf die Kabinetsbildung verzichtet.

## Senator Steeg ins Glück berufen.

Paris. (Funkdruck.) Der Präsident der Republik hat heute vormittag den Kabinets-Senator Steeg ins Glück berufen, um ihm die Bildung des Kabinetts anzuweisen.

Paris. (Funkdruck.) Senator Steeg erklärte beim Verlassen des Klubs, er habe nicht ohne weiteres den Auftrag, das Kabinett zu bilden, angenommen. Er wolle sich zunächst mit seinen politischen Freunden besprechen, die ebenso wie er entschlossen seien, eine Regierung der Unabhängigkeit und des Fortschritts zu begründen, die es durch den Zusammenschluß der Republikaner gestalten würde, die republikanischen, außenpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zu lösen. Die ersten Persönlichkeiten, mit denen er Fühlung nehmen wird, sind Poincaré und Briand.

## Ruhe in Berlin

Berlin, 11. Dezember.

Auf dem Rollendorfsplatz, auf dem in den letzten Tagen wegen der Vorführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ große Demonstrationen stattgefunden hatten, herrschte gestern Abend Ruhe. Die Polizei hatte die gleichen Maßnahmen zur Sicherung der ungehinderten Vorführung des Filmes getroffen wie am Tage zuvor. Die Besucher des Filmes wurden wiederum von Beamten der Politischen Polizei untersucht.

## Fünftage-Woche in Amerika?

Washington, 11. Dezember.

Der neue Arbeitsminister Doal erklärte sich in seiner ersten offiziellen Kundgebung für die Einführung der Fünftage-Woche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ist zur Zeit bemüht, die Eisenbahnerorganisation, der er angehört, mit der Federation of Labour, die bekanntlich gegen ihn als Feindinigkeit agiert hatte, zu einem gemeinsamen Programm für die fünfjährige Arbeitswoche zu veranlassen.

## Das Schicksal der deutschen Rußlandbauern.

Mehr als 5000 Flüchtlinge angehebt!

Den langwierigen Bemühungen des Einwärtigen Amtes und anderer Hilfsorganisationen ist es jetzt endlich gelungen, für jene 5700 deutschstämmigen Flüchtlinge, die im letzten Winter ihre kühne Heimat an der Wolga verlassen und auf der Flucht vor dem Sowjetland die deutsche Grenze überschritten, eine neue, endgültige Unterzucht zu schaffen. Zum größten Teil sind sie in Kanada, Brasilien und Paraguay, wo aus den neuesten Berichten hervorgeht, angehebt worden. Etwa 500 Rußlandbauern sind in Deutschland geblieben, man hat sie in drei Wälder in Mecklenburg gebracht und ist dabei, sie dort anzusiedeln zu machen. Auf diese deutschstämmigen Bauern, die zu Anfang des Jahres in Rußland angekommen, haben sich eine sehr langwierige und unruhige Wanderung durchgemacht, bevor sie jetzt in diesen Wäldern endlich eine Scholle gefunden haben.

Ein erheblicher Teil derjenigen Rußlandbauern, die von Deutschland zunächst nach Kanada ausgewandert waren, ist mit Hilfe des kanadischen Amtes nach Brasilien und Paraguay weiter befördert worden. Etwa 1000 sind im Urwaldgebiet von Kanada geblieben, der andere Teil ist auf dem Gebiet der „kanadischen Kolonisationsgesellschaft“ in Südbrasilien angehebt worden. Sie haben in diesen Gebieten, im brasilianischen Staate Bahia, Wohnungen, Lebensmittel und zum Teil sogar Verkehrsstrahlen vorgefunden. Diejenigen Rußlandbauern, die nach Paraguay gewandert sind, haben es ebenfalls geschafft. Sie waren zunächst in Nordbrasilien, wo sie das Klima nicht vertragen konnten und haben sich nachher im Staate, im Urwaldgebiet von Paraguay, niedergelassen, wo man ihnen Mittelverteilung und Selbstverwaltung ermöglicht hat.

Die Entdeckung der Rußlandbauern in den Urwaldgebieten war nur deshalb möglich, weil diese deutschstämmigen Bauern von jeder allerniedrigsten Kolonisationsarbeit gemahnt waren und es in Gegenden aushielten, in denen deutsche Landarbeiter niemals zu Grunde gehen würden.

Die kanadische Kolonisationsgesellschaft hat über 15.000 deutschstämmigen Bauern, die ebenfalls aus Sowjetland entflohen waren, aber an der Grenze festgehalten wurden. Man transportierte sie zunächst in ihre Heimatländer zurück, wo sie jetzt, wie aus einer großen Anzahl von Berichten hervorgeht, nach Sibirien in die Kolonisationsgebiete zu schicken, eine Deportation, die einer Verurteilung zum langsamen Tode gleichkommt.

## Neuige Unterbringungen in einer bayerischen Elektrizitätsgesellschaft.

München. Bei der Bayerischen Elektrizitätsgesellschaft wurden vor einigen Wochen große Unterbringungen aufgestellt, die zur fröhlichen Entlastung des saumännlichen Direktors und einiger Abteilungsleiter führten. Der eine Abteilungsleiter „Gemein“ hat sich gestern nachmittag 1/4 Uhr in den bayerischen Anlagen erschossen. Er war für nachmittags, da die Staatsanwaltschaft bereits die Sache in die Hand genommen hatte, zum Untersuchungsrichter geladen worden. Der technische Direktor Paparte wurde am Dienstag früh ebenfalls fristlos entlassen und gestern durch die Staatsanwaltschaft verhaftet. Wie verlautet, sollen die Unterbringungen sich auf etwa 100.000 bis 150.000 RM. belaufen.

## Seit über 2 Monaten verschollen.

Vancouver. (Funkdruck.) Fast 2 Monate lang hatten spanische und amerikanische Flugzeuge die bayerischen Flügel, Rading und Marten, die seit Anfang Oktober im Fellinggebirge verschollen waren, gesucht. Heute wird nun gemeldet, daß Rading und Marten völlig erschöpft in den eben Gebieten des Nordens in einem Lager neben der Leiche ihres Gefährten gefunden worden. Von den Fliegern, die die Suche nach den Vermissten aufgenommen hatten, sind seit Ende Oktober 3 verschollen.

## Schweres Erdbeben in der Türkei.

Paris. Dasas meldet aus Ankara, daß sich am Mittwoch in der Gegend von Erzurum ein schweres Erdbeben ereignete. Sämtliche Verbindungen mit dem Erdbebenherd seien unterbrochen, so daß man ohne jede Nachricht über den Umfang der Katastrophe sei.

## 20 Kinder in die Abortgrube gefallen.

Friedland (Mecklenburg). Am Mittwochmittag brach im Rinderort der Boden einer 2 Meter tiefen Abortgrube ein, als etwa 30 Kinder auf dem Weg ins Klo gingen. Über 20 Kinder stürzten in die Grube. Auf die Hilfe der aufsichtsführenden Schwestern eilten Bewohner der Nachbarschaft herbei, denen es zusammen mit der inzwischen erschienenen Polizei und einigen Helfern gelang, sämtliche Kinder vor dem Absterben zu retten. Mehrere Kinder waren bereits bewusstlos, konnten aber nach langen Bemühungen wieder ins Leben zurückgerufen werden. Der Unfall entrand dadurch, daß eine Holzleiste, auf der der Bodenbelag ruhte, infolge der schweren Belastung durchbrach.

## Die Fliegerin Warga von Ghdorf in Teneriffa gelandet.

Teneriffa. Die deutsche Fliegerin Warga von Ghdorf ist gestern mit ihrem Kleinflugzeug von Las Palmas kommend in Teneriffa (Kanarische Inseln) gelaufen und hat damit das Endziel ihres Fernfluges, der sie über Frankreich, Spanien und Nordafrika führte, erreicht.

## Generalarbeit in Sagunto

Paris, 11. Dezember.

Wie aus Valencia berichtet wird, ist in Sagunto der Generalstreik ausgebrochen. 7 bis 8000 Arbeiter der Hochöfenwerke feiern. Die Eisenbahnschienen zwischen Valencia und Utiel sind von Streikenden aufgefressen worden. Der Verkehr ist unterbrochen. Gestern nachmittag sind keine Zeitungen erschienen.

## Beste Funkdruck-Meldungen und Telegramme vom 11. Dezember 1930.

### Unruh- und Versammlungsverbot in Bonn.

Bonn. (Funkdruck.) Die Polizeiverwaltung hat heute ein allgemeines Verbot für Unruhen und Versammlungen unter freiem Himmel erlassen. Dieses Verbot hat seinen Grund in größeren Unruhen, die sich hier in den beiden vergangenen Tagen ereignet haben, nachdem bereits am letzten Sonntag größere Zusammenkünfte zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten stattgefunden hatten.

### Besten zu Ehren Dr. Schacht in Kopenhagen.

Kopenhagen. (Funkdruck.) Der frühere Reichskanzler Dr. Schacht ist gestern nacht mit dem Auge nach Berlin abgewehrt. Gestern Abend fand in der deutschen Gesandtschaft zu Ehren Dr. Schachts ein Festessen statt, an dem u. a. Ministerpräsident Stauning, Außenminister Dr. Bernick, die Direktoren der Nationalbank und andere Spitzen des dänischen Wirtschaftslebens geladen waren. An das Festessen schloß sich ein Empfang.

### Der frühere deutsche Dampfer Kaiserin Augusta Victoria durch Feuer verzichtet.

London. Im Hafen von Elgin brach gestern früh auf dem 25.000 Tonnen großen Passagierdampfer Empress of Scotland, der dort abgetaktet werden sollte, ein Brand aus, der großen Umfang annahm. Die Empress of Scotland ist der frühere deutsche Dampfer Kaiserin Augusta Victoria, der auf Grund des Versailler Vertrages abgeliefert werden mußte. Das Feuer wurde von drei Feuerwehrtrojanen und vier Feuerlöschbooten bekämpft; der Dampfer brannte trotzdem völlig aus.

### Neue Unruhen auf Cuba.

Remport. Der Korrespondent der Associated Press in Habanna meldet, daß in verschiedenen Teilen von Cuba neue Unruhen ausgebrochen seien. Bisher seien ein Toter und eine Anzahl Verwundete zu verzeichnen.

## Bücher und Zeitschriften.

Bei der Redaktion eingegangen:

Für die Überregulierung. Der Zentral-Verein für deutsche Binnen-Schiffahrt e. B. (Berlin) hat im November 1930 seiner Zeitschrift für Binnen-Schiffahrt eine Aufsatzfolge über „Die dringlichsten Aufgaben des deutschen Verkehrsministeriums“ eröffnet; und dabei der Niedrigwasserregulierung der Elbe den ersten Platz eingeräumt. Der zukünftige Sachbearbeiter im Reichsverkehrsministerium, Ministerialrat Kyp (Berlin), Wasserbauingenieur, Professor Reichweitz (Hannover) und Generaldirektor Hoyer (Frankfurt) behandeln das Thema von der technischen und wirtschaftlichen Seite und legen in ihren Aufsätzen die wirtschaftliche Berechtigung und Notwendigkeit einer sofortigen, durchgreifenden Behebung der gerade in den letzten Jahren zutage getretenen Mängel in der Wasserführung der Elbe, eine Forderung, die nicht zuletzt vom Zentral-Verein für deutsche Binnen-Schiffahrt schon seit Jahren — zuletzt in einer Entschließung seines Großen Ausschusses vom September 1929 — vertreten wurde.

**Mitteilungen.**

Das im Grundbuche für Baufl. Blatt 64 auf die Namen 1. Alma Margarethe v. L. Hütner geb. Stori in Baufl. 2. Hele Plesta geb. Kurck geb. Flug in Baufl. 3. Rimbach/Sa. zu gleichen Teilen eingetragene Grundstück soll am **Donnerstag, den 19. März 1931,** nachmittags 10 Uhr in der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 4 Orkar 24,3 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 88970 RM geschätzt. — Die Brandversicherungs-summe beträgt 116000 RM; sie entspricht dem Preisbetragspreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Gef. v. 18. 8. 1921, GBl. S. 72). — Das Grundstück wird gärtnerisch benützt und ist bebaut mit 2 Wohngebäuden, Kraftwagenraum, Ueberwinterungsgebäude, und 5 Gewächshäusern mit verschiedenen Anbauten — Ortstl. Nr. 24 B — 1 ha und 61,8 a ist Feld.

Die Ansicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 2).

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 20. September 1930 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Festsetzung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Riesa, den 8. November 1930.  
Nr. 31/30 Nr. 2.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kohlenhändlers Max Paul Fäbke in Röhderau, Moritzer Straße 5, wird hierdurch aufgehoben, nachdem der im Vergleichstermine vom 21. August 1930 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 28. August 1930 bestätigt worden ist. R. 6/30. Amtsgericht Riesa, d. 10. Dezember 1930.

Freitag, den 12. Dezember 1930, nachmittags 4 Uhr sollen in Röhderau, Galkhof, 1 Radentisch, 2 Regale und 1 zweiflügeliger Glaschrank versteigert werden.  
Riesa, am 11. Dezember 1930.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

**Freitag, den 12. Dezember**  
20 Uhr, in der „Elderrasse“  
**Versammlung**  
aller Krankenkassenmitglieder.  
Anschließend  
**wichtige Monatsversammlg.**  
u. a. Tarifangelegenheiten.

**Verbandsnachrichten**

**Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer.** Sonntag, den 14. Dez. 19 Uhr, Restaurant „Wartburg“, Ortsgr.-Versammlung.

**Freie Vereinig. ehem. 103er Riesa und Umgeg.** Sonnabend, am 13. Dez., abends 7,9 Uhr im Gold. Löwen Monatsverl. Bahir. Grsch. erw.

**Gombos. Verein.** Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr, Monatsversammlung im Hotel Döpner, kleiner Saal, Lichtbildervorführung.

**Ev. nat. Arbeiterverein Riesa.** Sonntag, den 14. Dezember, vorm. 11 Uhr Auszahlung der Spargelder im Saal. — Abends 7 Uhr Weihnachtsfeier bei Döpners, wozu alle Mitglieder mit Angehörigen nochmals herzlich eingeladen sind.

**Rheinisch-Poln. Bund.** Sonnabend, den 13. Dez., abends 8 Uhr, Monatsversammlung mit 11 Adventsfest, Vereinszimmer Bettiner Hof, Bericht v. d. Stahelmitagung in Röhderau durch Stahelheimer F. Günther Köhler-Freiderg. Güte und Angehörige herzlich willkommen. — Fertige Güte Arbeiten bis 1 Stunde vorher abliefern.

**Fremdenmeldezettel**

lose und in Blockform zum Durchschreiben, sowie Formulare zu Fremdenbüchern entsprechend den Vorschriften der am 1. Oktober 1930 in Kraft getretenen Landesmeldeordnung sind zu haben im

**Rieser Tageblatt**  
Riesa, Goethestrasse 59.

**Gegen Rote der Hände**

und der Gefährdung durch die Handarbeit verwendet man am besten die Handcreme, welche die Hände vor dem Wässern, dem Schmutz und dem Frost schützt, die bei vornehmlichen Damen erwünscht ist. Ein solches Handcreme hat auch bei den Frauen einen wunderbaren Erfolg, indem bei jeder Handwäsche die Hände nicht nur vor dem Wässern, sondern auch vor dem Frost geschützt sind. Die Handcreme ist in jeder Apotheke zu haben. Preis 1,00 RM. — Die Handcreme ist in jeder Apotheke zu haben. Preis 1,00 RM. — Die Handcreme ist in jeder Apotheke zu haben. Preis 1,00 RM.

Suche für Neuheute auf m. 74 Nr. Gut ebliches und fleisches **Wirtshausmädchen** nicht umt. 18 Jhr. b. Fam. Anschließ. Selbstiges muß in Buttermilch u. Kochen Erfahrung haben. Lohn wot. ob. solche, welche in ähnlicher Stellung waren, bevorzugt Gehalt n. Ueber-einkunft.  
Gal. Nr. 4 Troben h. Slaucha  
Ottob.-Land.

Vor 1. 1. 1931 wird solches, fleisch. jünger. **Wirtschaftsmädchen** bei Fam.-Anschl. gesucht. Werten erw. Off. u. 3 303 an das Tagesblatt Riesa.

**Wirtschaftlerin.**  
Wenigstens sucht ältere, eheliche, unabhängige Frau zur Führung des Haushalts. Offerten unt. H 361 an das Tagesblatt Riesa.

**15 jähr. Mädchen** als Ausmarterung für sofort gef. Vertheilung Nr. 11, p. r.

**Musikal. Advents-Andacht**  
in der  
**Kirche zu Glaubitz**  
am 14. Dezember, 16.30 Uhr  
unter Mitwirkung der Herren: Max Döber (Violine), Graf Ing. Gubert (Violoncello), Kantor Döber (Orgel), unter Leitung des Herrn Kantor Bennewitz.  
Werke von Alst, Bach, Gieseler u. a.  
Eintritt frei. Beginn 16.30 Uhr.  
Dazu wird herzlich eingeladen.

**Theater Kronprinz Riesa**  
Freitag, d. 12. 12. abends 7,9 Uhr  
„Kasper als deutscher Schneider in Italien“.  
Großes Lustspiel in 5 Akten.  
Sonnabend und Sonntag abends 7,9 Uhr  
„Kasper, der geprügelte Lehmann“  
oder: Der Geizhals vom Meer.  
Großer Lustspielabend in 4 Akten.  
Sonntag nachm. 3 Uhr Familienvorstellung  
„Schneeflocken“ od.: Ein gefürchteter Weihnachtsfest.  
Weihnachtsmärchen in 5 Akten.  
Zu allen Vorstellungen zum Nachspiel im Theater mundl.: „Eine Treibjagd im bayr. Oosland“.  
Um gütigen Besuch bitten  
Bruno Wänich. Max Dreißig.

**Bayrische Schmelzbutter, garantiert rein**  
das Beste zur Stollenbäckerei  
bietet an in stets frischer Qualität  
**Paul Starke, am Rathausplatz.**

**Größter Massen-Schlager!**  
**Christbaum-Behang**  
in Schokoladen, Fondant, Crem  
Likör und Keks  
zu staunend außergewöhnlich niedrigen  
Preisen von  
**1/2 Pfund nur 35 Pfg. an.**  
MH Rücksicht auf die  
**schwere Zeit und große Not**  
haben wir die Preise fabelhaft herunter-gesetzt! Versäumen Sie bitte nicht die  
Schaufensterauslagen zu besichtigen!  
Konfitüren- und Zuckerwarenfabrik H. Deblitz  
Verkaufsstelle Riesa, Hauptstraße 16.  
Wer Geschäfte machen will, muß injerieren

**Koffer  
Koffer  
Koffer  
Koffer**  
in  
einfacher  
und eleganter  
Ausführung kauft man  
sehr billig mit Rabattmarken im  
**Lederwarenhaus Mittag**

**Die neue Miele  
Elektro Nr. 150**  
**Eine Waschmaschine in  
höchster Vollkommenheit  
ist jetzt lieferbar. Zu den  
bekanntesten Vorzügen der  
Miele-Waschmaschinen:**  
Größte Waschwirkung bei vollkom-mener  
Schonung der Wäsche-Länge  
Lebensdauer der Waschmaschine  
Geringer Stromverbrauch,  
sind neue Vorzüge hinzugekommen:  
Vollkommen geräuschloser Gang  
Schwenkbare Aluminium-Winger  
mit 70mm dicken Wellen-Läufchen  
Transportmöglichkeit.

**Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.**  
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands  
Ober 2000 Werksangehörige.

**Verkäuferin**  
nur geleaste, perfekte, sol. gefucht. Wa. mit näheren Angaben unter K 363 a an das Tagesblatt Riesa.

**Grammophon-Nadeln**  
Batterien empfiehlt  
G. Zichede, Uhrmacher  
Riesa, Schilderstr. 7a.

**Photo-Apparat**  
9x12, 1:4,5 Compurver-schluss, preiswert zu verk. Hauptstr. 12, L. Hnks.

**4 Grammophone**  
Eich. neu. Schrankapparate wegen M u f a g e dieses Artikels unter Fabrikpreis zu verkaufen  
Gebr. Riese, Glaußh.

**1 Bullentafel**  
2 Rührblätter  
pa. Wdhmung, verkauft  
Lommatsch, Lautowitz.

**Reich einige  
Weihnachts-Gänse**  
gibt ab  
Vöhrer Nr. 9.

**Bäufers  
Schweine  
und Ferkel**  
zu verkaufen  
Otto Richter, Glaußh. 11.

**Frei-er, Frei-er, der Weihnachtsmann ist da!**  
Im Versteigerung der er sein Lager aufzuschlagen. Dort wollen wir hingehen, um unsere Weihnachtswünsche voranzutreiben. Dort ist's, wo man präsident, bei großer Auswahl, gut und billig be-dient wird. — Gut, aber wir einmal hin. — Abal! Ich des leich flüchtige Durchgang schon hell erleuchtet. Da muß doch etwas los sein. — Poops, da geht das Spiel weiter. Ich habe mich nicht getraut, die große Auswahl, von allem was der Mensch von Kind an zum Leben im Haus-bau braucht. Mit der Holz-Wanderradmaschine geht es los. Das müßte ein Jeder wissen. Holz-Wanderrad: Gibt das Wasser schön warm, fühlt nicht beim Anleihen, darum liebe ich ein Döselgefäß vor. Auch an die Kranken ist gedacht. Eine Holz-Wanderradmaschine, praktische Form, Stahl-gehäuse, hart in feinem Gussstahl gefertigt. Die starken Holz-Wanderradmaschinen, sauber und mit Zinnschichten, welche nicht rosten. Ja, die Döselgefäße lassen ein sanftes Weidenleben aus. Diese sind mit Korkelins aufeinander gefügt, so daß das Döselgefäß auch ohne Weiden zusammen hält. Ein Einfallen ist nicht mehr möglich. Wenn Sie sich nur an den Fachmann. Sie werden gut und reich bedient. Die vielen kleinen Holz-Wanderradmaschinen, Schüsseln mit Holzgeräten, alles aus gut trockenem Fichtenholz, in eigener Werkstatt gefertigt, gibt Gewähr für solide Ware. — Alles ist da, was die Hausfrau für die große Küche benötigt. Wascheisen, Wascheisenschalen, -Schützen, Wascheisen und vieles mehr. Bringen Sie Ihre Wünsche dem Weihnachtsmann der-dieser wird Sie zufrieden stellen.  
**Paul Taupitz, im Durchgang.**

**Süßliche Gelegenheit**  
3 fabrikneue  
**Schrank-Grammophone**  
(Wandobjekte) in Is Aus-führung verkauft im Aus-trage billigst  
**Goethestraße 88, pt.**

**Wesers Restaurant.**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**„Schinke“**  
den seit 30 Jahren bewähr-ten ärztlich empfohlenen  
**Wermutwein**  
Zu haben in Apotheken, Droge-n-, Wein- und Feinkost-Handlungen.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Schlachtfest.**  
9 Uhr Weikheit  
später fr. Werk.  
**Weber, Poppitz.**

**Schlachtfest.**  
Morgen Freitag  
**Schlachtfest.**  
W. Dennis.

**Schlachtfest.**  
Morgen Freitag  
9 Uhr Weikheit,  
später frische  
hausf. Wurst  
Bismarck-  
straße 11a.

**Schlachtfest.**  
Morgen Freitag  
nachmittags  
**Schlachtfest.**  
Abende  
Stahelstr. 14

**Schlachtfest.**  
Blutfr. Schellisch, Kapiten,  
Berlisch, grüne Springe,  
4 Wd. 1. — W. Weikheit,  
Wd. 30 Wd., Festschneise  
6 Stk. 50 Pfg., 13 Stk. 1.—  
**Nikolaus Gutmann**  
Hauptstraße 22.

**Schlachtfest.**  
Morgen Freitag  
nachmittags  
**Schlachtfest.**  
Abende  
Stahelstr. 14

**Schlachtfest.**  
Morgen Freitag  
nachmittags  
**Schlachtfest.**  
Abende  
Stahelstr. 14

**Schlachtfest.**  
Morgen Freitag  
nachmittags  
**Schlachtfest.**  
Abende  
Stahelstr. 14

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.

**Wittag am  
Capitol**  
Morgen Freitag Schlachtfest  
Ab 10 Uhr vorm. Weikheit, später alle üblichen Schlachtgerichte.  
Dazu ladet freundlich ein  
Anna verw. Weser.



### Das Handwerk zur Preisfestlegung.

Die Spitzenverbände des Handwerks haben in letzter Zeit wiederholt zur Frage der Preisfestlegung Stellung genommen. Das ist insbesondere in dem Vorhandelsbericht vom 8. November d. J. geschehen. Das Handwerk kann darauf hinweisen, daß bereits in beachtlichem Umfang von ihm Preisfestlegungen vorgenommen worden sind. Demgegenüber muß aber festgestellt werden, daß es sich dabei um Vorleistungen handelt, da die für eine Berücksichtigung der Preise in erster Linie in Frage kommenden Faktoren, wie die Arbeitspreise, die Löhne, Steuern und Speziallöhne und die Löhne der Gemeinden, vielfach noch keine Geltung erfahren haben. Das Handwerk erwartet deshalb von der Reichsregierung, daß sie von den ihr durch die Notgesetzgebung gegebenen Möglichkeiten zur Berücksichtigung der Preisverhältnisse auch wirklich an allen Stellen Gebrauch macht.

Die Spitzenverbände des Handwerks erklären nochmals mit allem Nachdruck, daß eine Reform der Preise auch der handwerklichen Verhältnisse erfolgen muß, soweit das möglich ist, und daß Bereitwilligkeit besteht, die dahingehenden Bestrebungen der Reichsregierung zu unterstützen.

Je mehr in der Öffentlichkeit Angriffe auf die Preispolitik des Handwerks erfolgen, umso mehr haben seine Innungen Veranlassung, alles zu vermeiden, was als eine Einschränkung der freien Selbstbestimmung des einzelnen Handwerksbetriebes bei der Preisgestaltung gedeutet werden könnte. Es wird daher den Organisationen des Handwerks dringend empfohlen, daß alle Maßnahmen unterbleiben, die dem beschriebenen Zweck widersprechen, daß insbesondere von der Festlegung von Höchstpreisen abgesehen wird und daß Bestrebungen wegen Unterbreitung solcher Festsetzungen nicht erfolgen, sofern es sich nicht um einen offensichtlichen Verstoß gegen den Gemeinnutz und die Standesehre oder um unzulässigen Wettbewerb handelt.

Zu dem immer wieder erhobenen Vorwurf über die Preisgestaltung der Handwerksleistungen muß darauf hingewiesen werden, daß der Handwerker als Arbeiter in der Kette der Güterherstellung und -verteilung bei der Bemessung der Preise keinesfalls frei, sondern von den Preisen der Roh- und Halbfabrikate, die vielfach kartellmäßig gebunden sind, abhängig ist. Es wird aber, sofern Anknüpfen über handwerkliche Rechnungen zu erheben sind, empfohlen, sich an die Mittelstellen der Handwerkskammern zu wenden, die für eine unparteiliche Nachprüfung sorgen werden.

Das Handwerk darf erwarten, daß seiner ohnehin schweren Lage von der Öffentlichkeit Verständnis entgegengebracht und daß es nicht für wirtschaftliche Vorgänge verantwortlich gemacht wird, auf die es keinen Einfluß hat.

### Volksschule als Kulturarbeit.

Im Gebiet der Großstadt Sachsen des Jungdeutschen Ordens besteht neben der politischen Landesregierung der Volksschule als Kulturarbeit ein jungdeutscher Kulturbund. Seine Mitglieder bearbeiten in einem besonderen Fachgebiet folgende Referate: Volksschule, Höhere Schule, Fortbildungswesen, Hochschulwesen, Studentenschaft, Freies Volksschulwesen, Frauenfragen. In anderen Gebieten des Reiches haben andere Zweige im Vordergrund, wie z. B. Sozialpolitik, Siedlungswesen, Grenzlanddeutschtum, Jugendführung usw. Aus den Referaten des Sächsischen Kulturbundes seien einige Gedanken angeführt, welche die Grundlage bilden sollen, auf der die Arbeit aufgebaut werden soll. Die vorliegenden Referate sind nur Ausgangspunkt, nicht endgültige Gestalt:

1. Das deutsche Schulwesen ist von allen Tendenzen frei zu halten, die der Einheitlichkeit des Volkes widersprechen;

also ist jede Verschlingung der Volksschule nach Konfession abzulehnen und an dem Grundsatz der einheitlichen und allgemeinen Grundschule festzuhalten;

also ist die Aufstellung jeder praktischen Bevorzugung sozial gehobener Schichten in der Höheren Schule und in der Hochschule anzuerkennen.

Es muß jedoch den Gliedern jeder Konfession die volle Möglichkeit gegeben sein, Religionen als ordentliches Lehrfach in der Volksschule und Höheren Schule zu gestalten. In

der oberen und gehobenen Stufe der Höheren Schule und Volksschule für jeden Schüler ordentliches Lehrfach sein, denn die deutsche Kultur ist wesentlich durch die Kräfte des Christentums bestimmt und geformt worden.

2. Volksschule, Höhere Schulen und Hochschule dienen in ihrer Arbeit gemeinsam der Einheit der Nation. Die an der besonders brennenden Frage der Hochschulreform deutlich werdende Verschiebung der Bildungswesen darf nicht allein in einer Universitätsreform oder etwa allein in einer Reform der Volksschule veranlassen, sondern muß in der großen Linie einer einheitlichen Bildungsreform, die das Bildungswesen an die Verhältnisse der gesellschaftlichen Verhältnisse anpaßt, angeschlossen werden. Jede isolierte Verschiebung gefährdet die fast erschütterte Einheit unseres Bildungswesens.

3. Die Kulturpolitik darf niemals bestimmt sein durch einzelne Interessengruppen oder Einzelpersonen, sondern muß auf der Gesamtheit der Volksschulungsgruppen einerseits und dem Organismus des Bildungswesens andererseits aufbauen sein. Aus diesem Grunde darf die Kulturarbeit nicht allein auf den offiziellen Trägern der deutschen Volksschulungsarbeit beruhen, sondern muß die wertvolle Mitarbeit kulturvoller Bewegungen, wie z. B. die des freien Volksschulungsvereins und der Frauenbewegung heranziehen.

4. Ziel der Bildungsarbeit ist Volksbildung, nicht Weiterbildung nach Schablone und Normen. Der Bildungsgang soll jeden Volksgenossen zur freien Entfaltung seiner Anlagen und Begabtheiten führen. Das Schaffen, die Kulturentwicklung, ist immer eine Angelegenheit frei wirkender Persönlichkeiten und kann nicht angelernt werden. — z.

### Gerichtssaal.

#### Die Zeugenvernehmung im Tempel-Prozess

In der Mittwochverhandlung gegen Präsident Tempel wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der frühere Präsident der Landesversicherungsanstalt, Geheimrat Dr. Haehnel, bestätigte im allgemeinen die Anklagepunkte, die sich auf die hartnäckige Nichtbefolgung und Kritik von Anordnungen der Aufsichtsbehörden durch Tempel beziehen. Oberregierungsrat Hönisch, der Anfang 1928 als Oberregierungsrat und Stellvertreter des Präsidenten an die Landesversicherungsanstalt versetzt worden war, macht längere Bemerkungen über das selbstherrliche Verhalten des Angeklagten, der u. a. zu dem Zeugen geäußert haben soll, daß er seinen Stellvertreter brauche. Tempel habe des Öfteren die unteren Beamten und auch den Zeugen in einer Weise behandelt, die als unwürdig bezeichnet werden müsse. Der Zeuge habe deshalb bald Schritte zu seiner Berichtigung unternommen. Die als Zeugen vernommenen Oberregierungsräte der Landesversicherungsanstalt halten mit ihren Auslagen zurück; auch sie bezeichnen das Verhalten Tempels den Beamten gegenüber als selbstherrlich. Der nächste Zeuge, der ebenfalls 1928 an die Landesversicherungsanstalt als Oberregierungsrat versetzt wurde, Herrmann Müller, sagt aus, daß das Verhältnis zwischen Tempel und den Vorstandsmitgliedern unregelmäßig gewesen sei. Tempel sei oft bis an die Grenzen der Beleidigung gegangen. Der Zeuge gibt zu, geäußert zu haben, daß er die Selbstherrlichkeit Tempels als krankhaft ansehe, wie ihm überhaupt der Präsident in psychologischer Hinsicht ein Rätsel gewesen sei; so hätte Tempel oft die Beamten gegeneinander ausgespielt. Der Zeuge führt eine Reihe von Beispielen an. — Weiterverhandlung Donnerstag.

Vor Eintritt in die Verhandlung verwies der Vorsitzende, Sängerkreispräsident Dr. Heinze, auf einen Artikel des nationalsozialistischen Organs „Der Freiheitskampf“, in dem es u. a. heißt: „Wenn nicht alles gegen Tempel vorliegende Material eingehend nachgeprüft werde, so müsse das zu fällende Urteil der Disziplinarkammer (schon jetzt als ein Fehlurteil bezeichnet werden.“ Der Vorsitzende bemerkt, daß das eine Bedrohung der Kammer darstelle, die sich aber dadurch nicht beeinflussen lassen werde. Die Disziplinarkammer sei weder rechts noch links eingestellt, sondern werde sich bei der Urteilsfällung lediglich von dem Ergebnis der Verhandlungen leiten lassen.

Der erste Fall einer Gefährdungsverletzung. Am 25. Juni erließ der Reichspräsident eine Verordnung über das Führen von Waffen und ähnlichen Gegenständen bei politischen Versammlungen. Für Zusammenkünfte sind Strafen von drei Monaten bis zu einem Jahr angedroht. Als ersten Verletzungsfall hat die Staatsanwaltschaft Dresden den Fall des Bankhofsers Werner Karl Müller zu bearbeiten, der am 21. August am Eingang der Kassenhalle verhaftet wurde, weil er ein seltendes Messer bei sich führte. Die Nationalsozialisten hatten an jenem Tage eine Versammlung einberufen, nach deren Schluß es zu schweren Ausschreitungen kam. Müller mußte sich jetzt vor dem 4. Gemeinsamen Schöffengericht Dresden verantworten. Der Angeklagte gab an, daß er nur einmal in den Saal habe gehen wollen. Er gehöre keiner Partei an und das Messer sei sein Brotmesser. Der Staatsanwalt erläuterte in seiner Anklage eingehend die Zweckbestimmung der neuen Verordnung. Als Waffe im technischen Sinne gelte jedes Instrument, das durch Stich, Stich oder Stoß Verletzungen herbeiführen könne. In diesem Spezialfall des Messers, das durch seine besondere Form der gleichlaufenden Spitzen hervorstechen und dessen Griff einen Daumenschuß biete, habe der Generalkassanwaltschaft unbedingt den Begriff Waffe bejaht, die zu tragen schon bei anderen Gelegenheiten verboten sei. Der Angeklagte sei deshalb zu bestrafen. Er beantragte die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Auf diese Strafe erkannte das Gericht.

Der Weinschäler Sittenkandal vor der Berufungskammer. Im Juni d. J. verhandelte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen 21 Einwohner von Weinschäler, die sich an zwei Mädchen unter 14 Jahren vergangen

Wem Gott will rechte  
Gunst erweisen, den  
schickt er in die weite  
Welt.

Man vergesse aber nicht den  
guten Kornfrank. Sein  
würzkräftiger Geschmack,  
seine feinherbe  
Art erfrischt  
Geist und Körper.  
Dabei ist er so  
billig! Aus 1/2 Pfund  
macht man auf  
einfache Weise  
nicht kochen, nur  
überbrühen — 100  
Tassen und dann  
ist er



Gesund wie das  
tägliche Brot!

### Ein Wintertraum.

Copyright by Bräckenberg-Verlag, Witkau i. Sa.

Roman aus Oberhof von Anna Bötze.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Was hegen Sie für Illusionen, Gräfin! Diese menschlichen Absichten sind wirklich bei Frau von Röhping nicht angebracht, doch Sie werden sie ja noch kennenlernen. Im übrigen kann ich den Mann wirklich nicht beklagen, der sich durch eine Frau betören und in Fesseln schlagen läßt, die bei ihm steht.“

Ein kalt prüfender Blick der großen, blauen Augen traf ihn.

„Hörst du nicht selbst zu denen?“ los er in Angelids Augen.

Unnützlich warf er den Kopf zurück.

War Angelid wie alle andern? Ragte der Warm des Mißtrauens in ihrer Brust, wo er sich vorhin so ganz eins mit ihr gefühlt?

Und wenn er ihr alles offenbarte, wenn er rückwärtslos über die andere zu Gericht saß? Nein, dann mußte sie ihn erst recht verachten. Aus ihrer innersten Seele heraus mußte das Vertrauen zu ihm kommen. Er durfte nichts tun, um ihren Sinn zu mildern, sie selber mußte ihn ganz erkennen.

Ein bestimmtes Schmelzen war plötzlich zwischen ihnen. Nachdenklicher schritten sie dahin. Da saßen sie schon den elektrischen Aufzug hoch in die Luft tragen.

Stimmen und Lachen tönten durch die Lannen ihnen entgegen, und weithin breitete sich wie ein weißes Leinentuch der duffige Schnee.

Angelid schauerte zusammen.

„Es ist kalt geworden,“ kam es schwer von ihren Lippen, die Sonne ist fort, bald werden wir Schnee haben.“

Johannes Funke presste die Lippen zusammen.

Ein Schatten stand zwischen ihnen. War das die Verlangenheit? Und er hatte plötzlich die Empfindung, als ob eine hohe, süße Schneefrau vor seinen Augen in Nebel gerann.

Gerade im Augenblick, da der Aufzug sich in Bewegung setzte, um sie einunddreißig Meter bis zur Erwinckler Straße emporzuheben, langten sie am Fuß an. Sie hatten gerade noch Zeit, auf die schmalen Stiege zu springen, dann schwebten sie auch schon hoch über der weißen Straße zwischen den belackten dunklen Lannen empor.

Das muß ich sagen, Angelid, du hast eine eigentümliche Art, deine alte Lante zu überleben, die wirklich ihresgleichen sucht.“ tönte plötzlich die tiefe Stimme Lante Bellas an Angelids Ohr, als sich der Aufzug langsam emporhob, und zu ihrem Schreck sah sie Lante Bellas rotglühendes Antlitz gerade über sich auf dem Aufzuge.

„Wie kannst du nur so waghalsig sein und noch aufspringen?“ tadelte die Lante undemürrert um die Wirtsfahren. „Uns alle hättest du in den Abgrund reißen können hier von dem wackeligen Ding, von dem man jede Minute abstürzen kann.“

„Sie müssen immer in die Tiefe sehen, Gräfin Rotted,“ sagte Lante, die in ihrem roten Pullover auf der obersten Stufe thronete, und aussah, als schwebte sie in der Luft.

„So ist doch mal still, du Irrenschiff,“ rief Lante Bella drohend. „Warte, ich werde dich!“ — In die Tiefe sehen, da ist es gleich um uns geschehen.“ Und trampfhaft hob sie die blauen Augen zum Himmel empor.

„Erlaube Lante, daß ich dir Herrn Funke vorstelle,“ mischte sich Angelid ein.

„Hier? Du bist wohl nicht bei Troste. Im übrigen ist er mir schon dreimal vorgestellt. Wir kann jetzt gar nichts mehr imponieren, nicht mal der Flügel, denn seitdem ich hier auf diesem hässlichen Wackel durch die Luft lege, fühle ich mich gegen alle Gefahr. Gerwin, um des Himmelswillen, Junge, sitze doch ruhig. Wir stürzen noch alle in den Abgrund.“

Ringsum ließ sich Röhren und Lachen vernehmen.

„Ist Ihnen die Kodeler gut bekommen, Herr Graf?“ fragte Johannes Funke den alten Junggeheuer, der auf seinem kleinen Sitz wie ein Häuflein Unglück lebte, und sich ängstlich an den Seberriemen, den einzigen Halt auf dieser lustigen Bahn, krampfte. „Wie machte ich's denn mit den Kurven?“

Mit einer greulichen Gesichtserregung drückte der Graf sein Monatel fester ins Auge.

„Beden unzureichender Venbarkeit Kurve nicht zu nehmen,“ entgegnete er stolz. „Als über die Ohren in Schnee jesseln, sage ich Ihnen, lieber Herr. Bella schrien, ich gelacht. Grobartig amüßert.“

„Na, es war einmal und nicht wieder,“ gab Lante Bella unter dem Gelächter der andern zu. „Man kommt ja gar nicht aus der Lebensgefahr heraus. Gerwin war wie befehlen. Am liebsten hätte er mir alle Wieder entweil gerobelt.“

„Ach, Unfuss, Alte, lung bin ich wieder geworden, jung!“ und er lang zum Gaudium der andern lustig vor sich hin. „Er ist übergelappt, der Junge,“ küßerte Lante Bella

Angelid erregt zu. „Hätte ich ihn man erst glücklich zu Hause.“

Angelid sah aber ganz gerührt auf den schnurrigen Onkel, der hier draußen in der herrlichen Natur wieder zum Kinde wurde, denn das fühlte sie, wie ihm hier in der weißen Schneepfand das Herz aufging, das gute alte treue Herz.

Und sie konnte nicht anders, sie gab dem Onkel, als loeben der Aufzug am Klubhause hielt, die Hand und drückte sie leise. „Gelt, mein Rädele,“ lachte der Onkel vergnügt, und klopfte ihr die Waden, „das war schön!“

Und dann hängte er sich an Johannes Funks Arm und erzählte ihm, daß er in seiner Jugend auch mal eine Flugmaschine hatte erfinden wollen, ja, aber das Patentamt hatte sie nicht angenommen.

Und Funke hörte gebüdig zu, ebenso wie Angelid, die eine Strafpredigt Lante Bellas ohne Widerspruch über sich ergehen ließ.

Am Klubhause wartete einer der Schlitten, die zur Beförderung der Kodel die Erwinckler Straße auf- und abfahren. Ueber den Kufen ein langes Brett, von einem dünnen Kieper gezogen.

Dahin weiteres hatten die Burtschen nach kurzer Verständigung mit Funke den „Mar“ an den Schlitten gehängt. Auch der Kodel Graf Gerwins kam dazu, und auf dem schmalen Brettle ohne Lehne hatten dicht nebeneinander gekauert Lante Bella und ihr Bruder, Angelid und der Flieger.

„Besser schlecht gefahren als stolz gefahren,“ lobte Lante Bella. „Auf den Knien müssen wir Gott danken, daß wir hier auf der Britische sitzen, denn ich bin wirklich am Ende meiner Kraft.“

„Was lachst denn, Range?“ herrschte sie Ursula von Derphen an, die loeben vor dem Klubhause einen süßen Zitronen trank, den ihr der junge Boffen gebracht hatte und vergnügt auf die Schlittenfahrer blickte. „Wüßte denn nicht mitfahren?“

„Rein danke, Frau Gräfin, ich gebe lieber zu Fuß. Es würde zu eng werden.“

„Darf ich Ihnen meinen Platz anbieten, anständiges Fräulein?“ fragte der Flieger.

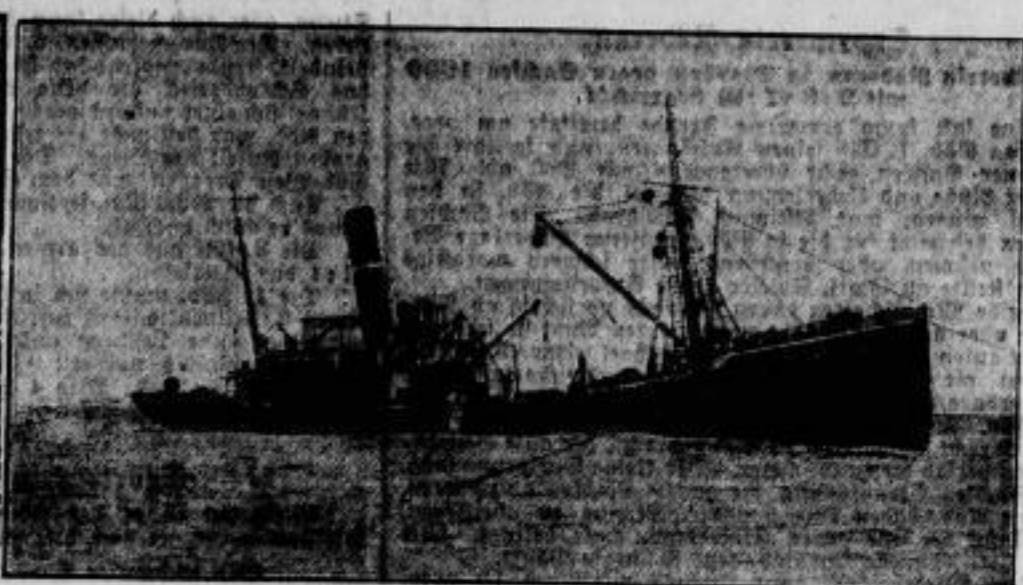
„Danke, ich will mich nicht so vermöhen. Auf Wiedersehen!“

Damit verschwand Ursula im Klubhause.

„Ist das eine Jugend,“ röhnte Lante Bella. „Immer vorweg mit dem Wunde, und immer allein durch die ganze Welt. Da sitzt nun Ursulas Mutter gewiß wieder mutterleienasseln im Hotel und das Kind kirtel hier allein in der Welt herum, trinkt Schnaps — habt ihr es gesehen — sie



# Unruh vom Torgn in Bild und Wort.



## Der letzte Akt einer Schiffstragödie.

In den Hafen von Ewinemünde wurde das Brack des Hamburger Dreimastschoners „Sitt“ eingeschleppt, das vier Wochen überfällig — Heloden treibend vor der ostpreussischen Küste aufgefunden wurde. Von der Besatzung fehlt bisher jede Spur. Doch nimmt man an, daß sich im Schiffsinnern noch Leichen befinden.



## Italienischer Bergungsdampfer in die Luft geflogen.

Der italienische Bergungsdampfer „Artiglio“ ist an der Westküste Frankreichs bei dem Verluh, das Brack eines im Weltkrieg dort versenkten Munitionsschiffes zu sprengen, durch eine gewaltige Explosion scheinbar der gesamten Munitionsvorräte des gesunkenen Schiffes zerstört worden und sofort gesunken. Von der Besatzung kamen 12 Mann sowie zwei auf dem Brack tätige Taucher ums Leben — nur sieben Matrosen konnten schwer verletzt gerettet werden.

## Bild links unten.

### Stützpunkt im Hafen von Eufal.

In Eufal, dem jugoslawischen Teile des Hafens von Fiume, kürzte bei der Ankunft eines Dampfers die Verbindungsbrücke ein. Etwa 60 Personen kürzten in das türmisch bewegte Wasser. Bisher wurden mehrere Leichen geborgen. Die genaue Zahl der Ertrunkenen steht noch nicht fest. — Die durch das Bild laufende, in der Ecke rechts unten endende weiße Linie zeigt die Grenze zwischen Fiume (links) und Eufal (rechts).

## Bild links.

### Der Marschall des neuen Schlesischen Sejms.

Der am 9. Dezember in Katowitz zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, wurde wieder Rechtsanwalt Wolny, der Vertreter der Christlich-sozialen Korfantgruppe.

## Bild rechts unten.

### Die Eröffnung der Flugpostverbindung Brüssel—Belgisch-Luxemburg.

zu deren erstem Fluge die Piloten Fabry und Vandervinden am 8. Dezember von Brüssel aus starteten.



## Wichtige Verkehrsberatungen in Döbeln.

Montag nachmittag fand in Döbeln im Stadterordnetenratungssaal unter Vorsitz von Herrn Ersten Bürgermeister Kunze eine Verkehrsbesprechung des Bezirks „Untere Freiberger Mulde“ im Schiffsverkehrverband statt. Nach Eröffnung der Sitzung machte Herr Dr. Schulze, Leipzig vom Schiffsverkehrverband zunächst Ausführungen über die allgemeine Verkehrslage. Seit 1926 habe die Reichsbahn ihre Zugleistung um 26 Prozent erhöht; trotzdem sei bis Ende 1930 mit einem Einnahmeausfall von 700 Millionen Mark zu rechnen. Auch der Autobusverkehr habe Einnahmerückgang zu verzeichnen. Es würden nur dringende und berechtigte Wünsche berücksichtigt werden können.

Für den Bau von neuen Staatsstraßen trat Herr Justizrat Adler ein und war besonders für den Ausbau der Strecke Chemnitz—Döbeln—Grüßendorf—Grünes Haus—Döbeln—Ottau—Seehausen—Riesa. Dieser Ausbau bedeute eine günstige Verbindung von Chemnitz und Riesa und würde einen Teil der geplanten großen Autofernstraße Berlin—Riesa—Chemnitz darstellen. Von Riesa würde eine Verbindung nach Liebenwerda in Frage kommen. Die Straßenverbindung Chemnitz—Riesa sei ein allgemeines Bedürfnis, besonders für Handel und Wirtschaft, da Riesa Umschlaghafen sei. Es sei auch für den Verkehr von Döbeln ein Umlauf, nach Osnabrück über Riesa fahren zu müssen. Die bereits vorhandene, allerdings schlechte Straße nach dem Grünen Haus—Grüßendorf brauche nur verbreitert und mit festem Unterbau versehen zu werden. Riesa und Döbeln seien gewissermaßen Dafen im großen Autoverkehrsknoten. Auch der Ausbau der Torgner Straße nach dem Döbelner Kreuz müsse gefördert werden; die Straße sei gegenwärtig in wenig erfreulichem Zustande. Am Torgner Kreuz könne die Straße durch Abtreiben der Hangwände verbreitert werden. Döbeln wäre durch den Ausbau dieser Straße dann an das große Verkehrsnetz am Döbelner Kreuz angeschlossen. Diese Straßenbaufragen seien ebenso wichtig wie die Eisenbahnfragen.

Herr Erster Bürgermeister Kunze bemerkte hierzu, daß die große Straßenplanung bereits vorliege. In Frage komme weiter die Straße durch den Tammlyswald (sogen. Hundentalstraße) zur besseren Verbindung von Döbeln und Leipzig.

Wie aus der weiteren Aussprache hervorging, sind zwar diese Straßen geplant

aber zur Ausführung fehlt vorläufig das Geld.

So außerordentlich wichtig diese Straßenfragen sind, werden wir uns damit abfinden müssen, daß in absehbarer Zeit nicht an den Bau herangegangen wird — trotz der großen Arbeitslosigkeit, trotzdem Scharen von Arbeitslosen auf eine solche Arbeitsmöglichkeit warten und sie kaum bezweifeln würden. Hier wäre produktive Erwerbslosenfürsorge im besten Sinne des Wortes zu leisten. Wenn man „oben“ nur endlich einsehen möchte, daß Auslandsreisen für Straßenbauzwecke wirtschaftlich sind, ihre Aggravation durch Förderung und Steigerung des Kraftfahrzeugverkehrs und damit Mehreinnahme an Kraftfahrzeugsteuern gewährleistet wird.

Chemnitz—Döbeln—Riesa—Liebenwerda.

Hier liegen u. a. folgende allgemeine Wünsche vor: Ausbau, insbesondere Unterhaltung des Bahnhofes Döbeln, Unterführung im Stande oder Ueberführung des Personenverkehrs nach dem schließlichen Teil des Ortes. (Wenig Aussicht auf Erfüllung dieser letzteren Forderung.)

An besonderen Wünschen sind zu nennen: 1. 3444 ab Riesa möchte Anschluss erhalten an D. 181, der von Leipzig 19.21 in Riesa einläuft. (Wenig Aussicht auf Erfüllung.)

2. 3466 ab Döbeln 2.56, an Chemnitz 10.17 möchte schon in Riesa beginnen, da zwischen 3466 und D. 77 eine so lange Pause ist. Er könnte dort Anschluss mitnehmen von D. 301 von Leipzig.

Der Zug 3468 ab Riesa 11.30, an Döbeln 12.15, ab Döbeln 12.26, an Chemnitz 13.36 möchte etwa später (13.31) abfahren, so daß die Schüler in Richtung Döbeln diesen Zug benutzen können. Die Schulen haben Schüler aus allen Richtungen, sie können daher keine Rücksicht nehmen.

Der Zug D. 3470 ab Mittweida 26.18, an Chemnitz 26.56 möchte auch werktags in Döbeln beginnen. Er verkehrt Sonntags schon von Döbeln an (ab 22.30) und hat Anschluss von Leipzig (ab 20.42) und von Dresden (ab 20.15). Die Reisenden in Richtung Chemnitz von Leipzig und Dresden müssen, wenn sie nicht E. 60 (ab Döbeln 23.46) benutzen können oder wollen, bis zum 9. 3468 ab Döbeln 1.00 warten.

Eine neue Verbindung wird nach Berlin gewünscht. Berlin möchte spätestens um 9 Uhr früh erreicht werden (jetzt 11.04). Erwünscht ist auch ein späterer Rückzug als jetzt (19.04), da E. 56/59 ab Berlin 20.41, an Riesa 28.14 über Elsterwerda im Winter weglieft.

## Feierliche Ueberreichung der Nobelpreise in Stockholm.

Stockholm. In der hergebrachten feierlichen Weise fand gestern abend im Stockholmer Konzerthaus die Ueberreichung der Nobelpreise statt. Sämtliche Preisträger hatten sich persönlich eingefunden. Besonders fiel der Indier Professor Ramana ins Auge, der in orientalischer Tracht mit weisem Turban erschienen war. Nachdem der Vorsitzende des betreffenden Nobelkomitees die Arbeit der Preisträger gewürdigt hatte, traten die Ausgezeichneten von der Szene des Konzerthauses in den Saal hinunter, wo König Gustav ihnen das in blau-goldenes Leder gebundene Diplom und die Geldanweisung überreichte. Für den deutschen Preisträger, den Chemiker Professor Fischer von der Technischen Hochschule München, sprach Professor Böderbaum. Als Professor Landsteiner vom Rockefeller-Institut in New York seinen Preis in Empfang nahm, dankte er gleichzeitig die Österreichische und die amerikanische Flagge. Als letzter erhielt der literarische Preisträger Sinclair Lewis seine Auszeichnung. Ueber sein Werk sprach der Sekretär der schwedischen Akademie Dr. Rarisch. Die stimmungsvolle Feier fand mit der schwedischen Nationalhymne den Abschluß.

# Turnen - Sport - Spiel - Wandern

## Sportverein Radeberg.

Sportverein Radeberg in Dresden gegen Sachsen 1900 mit 2:0 (1:0) Sieg!

Eine fast kaum erwartete Freude bereitet am verg. Sonntag Radeb. 1. Uf. seinen Radebergern, und fertigte die Dresdner Sachsen recht überausend mit 2:0 ab. Mit welcher Mühe und Ueberlegung diesmal die Radeb. in den Kampf gingen, war bestimmt feststehend. Die Sachsen wollten bestimmt für die in Radeb. erhaltene Niederlage Bedenken nehmen, aber vergebens. Der schwere moralische Boden reißt an sämtl. Spieler große Anforderungen.

Beide Mannschaften trafen sich recht vorläufig ab. Radeb. brüht aber auf Tempo, die gutgemeinten Angriffe scheitern an der guten Distanzhaltung, wo Radeb. (edem. Repräsentanten) oft sich durch große Härte auszeichnete. Eine wunderbare Energieleistung bringt durch Anlauf in der 18. Min. das 1. Tor. Kurz zuvor wurde Anlauf von Radeb. recht unvorsichtig zu Fall gebracht, der gute Schiedsrichter überließ diesen Elfmeter. Der kleine Vorstoß Radeb. gibt Sachsen Veranlassung, ihr ganzes Können aufzubieten, und die Radeb. haben eine ganze 1/2 Stunde zu überleben, was Dank der sehr guten Distanzhaltung gelang. Mit einer 1:0-Führung für Radeb. geht es in die Pause.

Nach Wiederantritt liegt Sachsen wiederum 10 Min. im Angriff, bis allmählich Radeb. sich wieder frei macht und Radeb. in der 70. Min. Treffer Nr. 2 gelangt. Sachsen legt nun alles auf eine Karte und nimmt Radeb. mit in den

Sturm, aber auch hier kann keine Resultatänderung erzielt werden. Die Radeb. verlassen, von ihren getreuen Radebergern bejubelt, freudbetäubend den Platz. — Von den Sachsen war das Schlußspiel der beste Mannschaftsteil, nur mühte Radeb. sich einer anständigeren Spielweise zu bekämpfen. Von den Radeb. war bestimmt ein jeder auf dem Boden, und der großen Anteil am Siege. Der Schiedsrichter, Herr Seifert, Süd-West Dresden, war dem Spiel ein gerechter Zeiter.

Auch die Radeb. fertigte die Strebl. Turner mit 6:0 etwas reichlich hoch ab.

Die 2. Uf. gab der armen Zeitweiser 2. Uf. gar mit 11:1 das Nachsehen.

Die 1. Uf. mußte sich in Gröblich mit 10 Mann mit einem 3:3-Unentschieden zufrieden geben.

Eine große Leistung vollbrachte die Radeberg und fertigte in Gröblich, nur mit 9 Mann spielend, die Gröblicher Radeb. mit 4:2 ab. Also 4 Siege, 1 Unentschieden. Gesamtergebnis: 27:7.

## Sportverein Zeitzain.

Wiederum ist es der Vereinsleitung gelungen, einen spielstarken Gegner nach hier zu verlocken.

Der 1. Uf. gab der armen Zeitweiser 2. Uf. gar mit 11:1 das Nachsehen.

Eine große Leistung vollbrachte die Radeberg und fertigte in Gröblich, nur mit 9 Mann spielend, die Gröblicher Radeb. mit 4:2 ab. Also 4 Siege, 1 Unentschieden. Gesamtergebnis: 27:7.

## Bericht über den Schlachtviehmarkt am 11. Dezember 1930 in Dresden.

Schlachtvieh gattung und Verlassen	Stückzahl	Gewicht
<b>Rinder: A. Ochsen (Kauftrieb 1 Stück):</b>		
1. Vollf., ausgewählte, höchsten Schlachtwertes	1. junge	2. ältere
2. sonstige vollfleischige	1. junge	2. ältere
3. fleischige		
4. gering genährte		
<b>B. Kühen (Kauftrieb 38 Stück):</b>		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige oder ausgewählte		
3. fleischige		
4. gering genährte		
<b>C. Röhre (Kauftrieb 52 Stück):</b>		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige oder ausgewählte		
3. fleischige		
4. gering genährte		
<b>D. Hälften (Kauftrieb 1 Stück):</b>		
1. vollfleischig, ausgewählte höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige		
<b>E. Kälber (Kauftrieb 640 Stück):</b>		
1. Fopplender bester Wahl	75-78	123
2. beste Wahl- und Sauglälber	70-74	120
3. mittlere Wahl- und Sauglälber	62-69	113
4. geringe Rälber		
5. geringste Rälber		
<b>Schafe (Kauftrieb 63 Stück):</b>		
1. beste Wastlamm- und jüngere Wastlamm:		
1. Bestwastl		
2. Bestwastl		
2. mittlere Wastlamm, ältere Wastlamm und ausgewählte Schafe		
3. fleischiges Schafweib		
4. geringgenährte Schafe und Lämmer		
<b>Schweine (Kauftrieb 539 Stück):</b>		
1. Fettfleischige über 300 Pfd.	62-68	78
2. vollfleischige Schweine von 240-300 Pfd.	61-69	79
3. vollfleischige Schweine von 200-240 Pfd.	60-61	81
4. vollfleischige Schweine von 160-200 Pfd.	58-59	81
5. vollfleischige Schweine von 120-160 Pfd.		
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.		
7. Sauen		

## Der Ernteausfall 1930 im Freistaat Sachsen.

Wsl. Das Ergebnis der sächsischen Ernte des Jahres 1930 ist in hohem Maße von der überwiegend nassen Witterung des Jahres beeinflusst worden: Die sächsische Landwirtschaft vermochte nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes bei im allgemeinen betrüblichen Erträgen an Getreide recht gute Erträge an Hackfrüchten und Futterpflanzen zu erzielen. Der Weizenertrag je Hektar war mit 25,28 Doppelzentner für Winterweizen und 19,98 Doppelzentner für Sommerweizen zwar geringer als in den beiden Vorjahren. Da aber die Weizenanbaufläche sich wesentlich erhöht hatte und zwar auf insgesamt 88 881 Hektar, eine Größe, die Sachsen noch niemals aufzuweisen hatte — erreichte die Gesamternte an Weizen mit mehr als 2,2 Millionen Doppelzentner eine beträchtliche Höhe, die nur durch die günstige Witterung des Jahres 1928 übertroffen wurde. Weniger gut ist der Ausfall der Ernte an Roggen, von dem Hektarertrag von 19,85 Doppelzentner für Winterroggen und von 12,87 Doppelzentner an Sommerroggen erzielt wurden, die ebenfalls hinter denen der beiden Vorjahre zurückstehen. Da die Roggenanbaufläche mit 175 725 Hektar wohl gegenüber der des Vorjahres nicht aber gegenüber der durchschnittlichen Roggenanbaufläche der vergangenen zehn Jahre zurückgegangen ist, weist die Gesamternte immerhin noch ein Ergebnis von 8,4 Millionen Doppelzentnern auf. Wintergerste ergab bei einer Anbaufläche von 12 869 Hektar — der größten, die in Sachsen bisher festzustellen war — und einem Hektarertrag von 27,09 Doppelzentner eine Ernte von 356 814 Doppelzentner. An Sommergerste wurde bei 21 174 Hektar Anbaufläche und 20,21 Doppelzentner Hektarertrag eine Ernte von 427 992 Doppelzentner erzielt. Der Ausfall der Ernte war mit einem Hektarertrag von 19,18 Doppelzentner ungenügend. Bei einer Anbaufläche von 154 612 Hektar wurden nur 2,97 Millionen Doppelzentner geerntet, die niedrige Ernte seit 1928. Kartoffeln hatten mit einem Hektarertrag von 191,62 Doppelzentner einen Rekord-ertrag aufzuweisen. Bei einer Anbaufläche von 107 764 Hektar brachten sie die außergewöhnlich hohe Erntemenge von 20,7 Millionen Doppelzentnern. Ähnlich günstig fielen die Erträge für die Rüben aus. Zuckerrüben deren Anbaufläche auf 7869 Hektar gekollapst ist, brachte einen Hektarertrag von 288,56 Doppelzentner und eine Erntemenge von 2,1 Millionen Doppelzentnern, Runkelrüben von 88 592 Hektar Anbaufläche einen Hektarertrag von 462,77 Doppelzentnern und einen Gesamtertrag von 17,9 Millionen Doppelzentnern. Ebenso günstig waren die Erträge der Futterpflanzen, von denen — besonders auf Dürren — Hektarerträge von 57,81 Doppelzentnern an Riee, 68,89 Doppelzentnern an Luzerne, 47,45 Doppelzentnern an Heu von Gemüserüben und 46,85 Doppelzentnern an Heu von sonstigen Wiesen erzielt wurden.

## Handel und Volkswirtschaft

**Börsen:** Börse vom 10. Dezember. Bei ruhigem Verlauf war die Mittwochsbörse mit unbedeutenden Veränderungen uneinheitlich. Erziehungswert sind nur Reichsbank plus 4, Harpener minus 3, A. B. B. minus 3. Anleihe ruhig. Im Freiverkehr waren Börsennoten nach 46 mit 44 gesucht. Die Notiz kam geführten Geld zustande.

**Dresdner Börse vom 10. Dezember.** Auch heute wieder lag der Verkehr brach, da Aufträge der Privatbankwirtschaft fehlten und die Spekulation wenig ins Geschäft ging. Allgemein lagen die Kurse niedriger. Wende- und Teichert je minus 4, Dresdner Röhre minus 3 und Röhre Teichert je minus 2,4 Prozent. Reichsbankanleihe erholten sich um 2 Prozent. Anlagepapiere verkehrten uneinheitlich.

**Chemnitzer Börse vom 10. Dezember.** Die Börse zeigte heute bei lebhaftem Geschäft uneinheitliche Grundstimmung. Die Kursveränderungen hielten sich in engen Grenzen. Sachsenwerk gemindert 2, Hamel verloren 1 Prozent. Banken behauptet, bei Freiverkehr lag ruhig.

An der Berliner Börse zeigten sich am Mittwoch stärkere Kursrückgänge. Am Bankmarkt war der Umsatz sehr gering, nur Reichsbank hatte etwas Geschäft. Bei Montanwerten, die deliktig eröffneten, trat später eine Abmilderung ein. Salbafurth verloren 5%. Wegen Schluß legte sich die Abmilderung weiter fort. Der Satz für Tagesgeld betrug 4,5-6, für Monatsgeld 7-8,5%; der Wechselsatz blieb unverändert.

Wasserstände	10. 12. 30	11. 12. 30
<b>Wolbau:</b> Hamalt	+ 44	+ 46
Dobran	+ 1	+ 8
<b>Geer:</b> Laun	+ 34	+ 31
<b>Elbe:</b> Rimbürg	+ 58	+ 58
Brandels	+ 94	+ 97
Meinl	+ 84	+ 90
Leitmeritz	+ 75	+ 101
Auffig	+ 75	+ 94
Dresden	- 79	- 70
Rieja	+ 9	- 4

## Rm. 65 000.-

gelangen zur Ausgabe der Weihnachts- durch Kruppelfürsorge-Geldlotterie

Ziehung bereits Sonnabend/Rontag 18 110 Gewinne, darunter 20 000, 10 000, 8000, 4000 ufm. — Die letzten Lose à Nr. 1. — Doppellose à Nr. 2. — oder Glückslos mit 5 u. 10 versch. Einzelfolgen zu Nr. 5. — oder Nr. 10. — sind zu haben bei: Staatsl.-Binn. S. Schönel, S. Geislerich, Dr. E. Nauffig, Dr. Müller, S. Witzke oder direkt durch Sächs. Webfabrik-Lotterien, Dresden-N. 1, Wallenbaustr. 28.

## Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

	10. Dez.	11. Dez.
<b>Weizen, märkischer</b>	242,00—243,00	242,00—243,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	280,00—280,00
per März	271,50—272,00	269,75—269,00
per Mai	280,50—281,00	278,50
Tendenz:	ruhig	matt
<b>Roggen, märkischer</b>	156,00—158,00	156,00—158,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	177,00—178,50
per März	183,00—186,50	186—87—68,50
per Mai	192,50—198,50	192,50
Tendenz:	stetig	behauptet
<b>Gerste, Braugerste</b>	202—220	202—220
Futter- und Industrieernte	190—194	190—194
Wintergerste, neue	—	—
Tendenz:	ruhig	ruhig
<b>Ose, märkischer, alt</b>	189,00—144,00	189,00—144,00
do. neu	—	—
per Oktober	—	—
per Dezember	—	157,00
per März	168,00—166,50	167,00—167,25
per Mai	177,00	178,00
Tendenz:	ruhig	fest
<b>Weiz, rumänischer</b>	—	—
Plata	—	—
Tendenz:	—	—
<b>Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Bod. (feinstes Marken über Notiz)</b>	29,00—36,75	29,00—36,75
<b>Roggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Bod.</b>	24,00—26,85	24,00—27,00
Weizenkleie frei Berlin	10,15—10,40	10,15—10,40
Roggenkleie frei Berlin	9,00—9,50	9,00—9,50
Weizenkleie-Relasse	—	—
Waps	—	—
Reinfaat	—	—
Wittorlaerfen	24,00—31,00	24,00—31,00
kleine Speiserfen	28,00—25,00	28,00—25,00
Futtererfen	19,00—21,00	19,00—21,00
Welschfen	20,00—21,00	20,00—21,00
Welschfen	17,00—18,00	17,00—18,00
Widen	18,00—21,00	18,00—21,00
Lupinen, Blaue	—	—
gelbe	—	—
Seravella, neu	9,30—10,00	9,30—10,00
Reinfauch, Basis 38%	15,20—15,50	15,20—15,50
Reinfauch, Basis 37%	5,50—5,90	5,50—5,90
Trockenschafel	18,60—13,40	13,50—13,80
Kartoffelkoden	—	—
Speisefarfein	—	—
Allgemeine Tendenz:	uneinheitlich	uneinheitlich

Die ruhige Stimmung des Vormittagsverkehrs übertrag sich auch auf den Beginn der heutigen Produktenbörse. Die Unfähigkeit war weiterhin gering. Insbesondere bleibt Weizen infolge des schleppenden Abschlusses völlig vernachlässigt und war im Preise erneut am Prompt- und Liefermarkt um 1 bis 2 Mark gedrückt. Roggen zur prompten Verladung wird, namentlich in guten Qualitäten, nach wie vor gefragt und vertriebsfähig 1 Mark höher als gestern bezahlt, nachdem vormittags die Gebote eher niedriger gelautet hatten. Am Liefermarkt war Desemberroggen gehalten, während sich in den späteren Stunden vereinzelt mehr Angebot zeigte. Weizenmehl hat schleppenden Absatz. Bei Untergebieten sind die Röhren zu Preisreduktionen bereit. Roggenmehl liegt gleichfalls ruhig aber ziemlich fest. Am Kasermarkt wird das Geschäft durch die von den Berliner Händlern geforderten Zahlungsbedingungen beeinträchtigt, die Preise waren etwa behauptet. Gerste in wenig veränderter Marktlage.



**Bevor wir Weihnachts-Einkäufe — machen**

lesen wir das Riesaer Tagblatt.

Dort finden wir alles, was man sich kochen und wünschen kann.

Als älteste, umfangreichste verbreitetste Zeitung des Bezirkes hat es die meisten Inserate und die größte Leserschaft.

**Schmerz laß nach.**

Gutlich das Richtige. Reizlos Beseitigung von **Hühneraugen**

Hornhaut u. Warzen. Bequemste Anwendung. Rein Wasser. Rein Alkohol. Tube 50 A. Zu haben bei: **Friseur Blumenstein.**

**Private Drucksachen**

werden bei sauberster geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von **Tagblatt-Druckerei Rieja, Goethestr. 59.**

**Zur Hochzeit**

allen Festen u. Gelegenheiten fertig. **Weberei, Schlichte, Prolog ufm. Schneidens an Heim-Verlag, Radebeul, Barmen-Boden.**